



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Aktuelles zur Flüchtlingskrise:

Bayern handelt

Krieg, politische Verfolgung und Angst. Weltweit verlassen Millionen Menschen ihr Heimatland und lassen meist ihr ganzes Leben zurück. Gerade der Flüchtlingsstrom nach Deutschland ist ungebrochen – München und Bayern tragen dabei eine Hauptlast. Um den Ausnahmezustand der vergangenen Wochen in allen Regionen des Freistaats in den Griff zu bekommen und den Flüchtlingsstrom wieder in geordnete Bahnen zu lenken, hat die bayerische Staatsregierung nun weitere konkrete Schritte eingeleitet.

Auf bayerische Initiative hin temporär wieder Grenzkontrollen einzuführen, bezeichnete Ministerpräsident Horst Seehofer als dringend notwendig. Diese Entscheidung der Bundesregierung sei „ein ganz wichtiges Signal an die ganze Welt und auch nach innen, in die Bundesrepublik Deutschland.“

Umfassende Lösung

Seehofer wies freilich auch darauf hin, dass die Kontrollen keine umfassende Lösung für die Probleme darstellten: „Wir müssen sehr hart daran arbeiten, dass wir die drei Säulen unserer Zuwanderungspolitik so erfüllen, dass die Bevölkerung das weiter akzeptiert.“ Dazu zählten Hilfe und Solidarität für Schutzbedürftige, Vermeidung von Missbrauch und Bekämpfung der Fluchtursachen. Zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms bedürfe es einer „intelligenten Finanzpolitik“. Seehofer stellte aber auch klar: „Wir werden der bayerischen Bevölkerung nichts entziehen, um damit die Flüchtlingshilfe zu finanzieren.“

Der Ministerpräsident forderte vom Bund, die Mittel für die Flüchtlingshilfe mindestens zu verdoppeln und die gerechte Verteilung der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge zu organisieren. Darüber hinaus müssten die EU-Außengrenzen besser kontrolliert und mehr Hilfe vor Ort in den Flüchtlingslagern geleistet werden. Sollten sich nicht alle 28 EU-Staaten auf eine gerechte

Verteilung der Flüchtlinge einigen, müsse man stufenweise damit beginnen - also zunächst mit den Ländern kooperieren, die dazu bereit seien.

Moralische Qualität

Seehofer lobte ausdrücklich die exzellente Arbeit der Kommunen, der Hilfsorganisationen, der Polizei, der Bundeswehr, der Bevölkerung und der Behörden: „Dieses Land, Bayern wie auch Deutschland, besitzen eine hohe moralische Qualität. Das zeigt sich in dieser Hilfsbereitschaft.“ Die Hilfsbereitschaft habe aber auch Grenzen: „Und zwar nicht, weil die Menschen, die Hilfsorganisationen oder die Politiker nicht wollen, sondern weil es einfach

Tag des offenen Denkmals:

Unter dem Motto „Handwerk, Technik, Industrie“ stand heuer der Tag des offenen Denkmals. Über 7.700 historische Baudenkmale, Stätten und Parks – davon allein rund 800 Objekte in Bayern – konnten deutschlandweit hautnah erlebt werden.

Im Mittelpunkt stand das baukulturelle und archäologische Erbe. Die Besucher konnten beispielsweise alte Turbinentechnik oder den Betrieb von Wind- und Wassermühlen live erleben. Orte wie historische Fabrikhallen besitzen meist einen ganz besonderen Charme. Zudem ist die Industriegeschichte eng mit den sozialen und demografischen Entwicklungen ganzer Regionen verbunden.

Nutzungskonzepte

Am Tag des offenen Denkmals wurden ebenso gelungene wie noch zu realisierende Ideen für Nutzungskonzepte vorgestellt. Handwerker präsentierten ihre Gewerke mit den Techniken des

nicht mehr geht. Es gibt objektive Grenzen“, so Seehofer.

Der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz erteilte er eine Absage: „Mit der CSU wird es kein Zuwanderungsgesetz mit dem Ziel geben, die Einwanderung nach Deutschland noch zu erhöhen.“

Sofortprogramm

Bayern fordert in einem 12-Punkte-Sofortprogramm u. a., dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für einen umfassenden Schutz der EU-Außengrenzen einsetzt, zudem die Verteilung der Asylbewerber in Deutschland nach dem Königsteiner-Schlüssel durch die Einrichtung eines eigenen Koordinierungsstabs, die Verschärfung der Strafen für kriminelle Schlepper und Menschenhändler und die konsequente Abschiebung und Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

In einer ersten Reaktion hat der (Fortsetzung auf Seite 4)

Industriebericht Bayern 2015:

Gewinner der Globalisierung

Regierungsbezirke im Vergleich

Der Standort Bayern ist durch eine überdurchschnittlich starke Industrie und internationale Wettbewerbsfähigkeit geprägt. Mehr als ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hat seinen Ursprung im Verarbeitenden Gewerbe – mit steigender Tendenz. Wie aus dem Industriebericht Bayern 2015 hervorgeht, hatten im Freistaat im vergangenen Jahr mehr als 1,2 Mio. Menschen ihren Arbeitsplatz in den knapp 7.000 Industriebetrieben. Damit nahm die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe um 1,9 Prozent zu. Ein Fünftel der bayerischen Erwerbstätigen arbeitet somit in der Industrie.

In allen Regierungsbezirken war ein Beschäftigtenzuwachs zu verzeichnen. In Oberbayern arbeiteten 27,6 % aller bayerischen Beschäftigten des verarbeitenden

Gewerbes. Sie erwirtschafteten 37,6 % der gesamten bayerischen Industrieumsätze. Die oberbayerische Exportquote lag mit 56,6 % im Jahr 2014 deutlich über dem bayerischen Durchschnitt (51,2 %).

Autoindustrie führend

Der Wirtschaftszweig mit den meisten Beschäftigten ist die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Hier arbeiteten 26,7% der gesamten oberbayerischen Industriebeschäftigten. Wichtig waren zudem der Maschinenbau (Beschäftigtenanteil: 11,3 %) sowie die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten (Anteil: 9,3 %) und die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (Anteil: 9,3 %).

Neues von Sabrina

Der Altweibersommer ist da, und damit auch allerlei Volksfeste, auf denen das Recht auf Rausch wie jedes Jahr teilweise sehr ausgiebig in Anspruch genommen wird. Der Bürgermeister sieht den Grund darin in der menschlichen Natur: Das gelegentliche Loslassen macht den Kopf frei für den Alltag. S. 15

das historische Bildarchiv, die archäologischen Restaurierungswerkstätten und in die Restaurierungswerkstätten für Bau- und Kunstdenkmäler.

In Garmisch-Partenkirchen bekam der Besucher eine ehemalige Waffenschmiede zu sehen, in Amberg eine Hausbrauerei, in Teisendorf ein Bergbaumuseum und in Bad Kissingen den Schlachthof. In Sommerkahl im Kreis Aschaffenburg wurden Führungen durch ein Kupferbergwerk angeboten.

Aktuelle Grabungsstelle

Aber auch viele andere Sehenswürdigkeiten und Denkmäler wie etwa eine aktuelle archäologische Grabungsstelle in Nürnberg, wo unter anderem Scherben aus dem 9. Jahrhundert gefunden wurden, gewährten ungewöhnliche Einblicke. Auch die Dombauhütte und das Dominikanerinnenkloster Heiliges Kreuz in Regensburg sowie in München das Olympiadorf, die Anatomische Anstalt, die St.-Lukas-Kirche, die Alte Ziegelei (Oberföhring) oder das sogenannte Lola-Montez-Haus (Harlaching) konnten besichtigt werden. (Fortsetzung auf Seite 4)

Zeugen bayerischer Geschichte

Normen! 5. Nov. 2015

GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 5. November 2015 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 3. Bayerischen Breitbandforum in die Stadthalle Neusäß bei Augsburg ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen. Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden. Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei. Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Übereinstimmung für mehr Jugendbeteiligung auf dem Land zeigte sich beim Gespräch zwischen der Katholischen Landjugend Bayern und dem Bayerischen Gemeindetag - mehr dazu auf Seite 4. V. r.: Ehrenamtlicher KLJB-Landesvorsitzender Andreas Deutinger, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl (Abensberg), KLJB-Landesgeschäftsführerin Maria Kurz und Matthias Wenzel, neuer Fachreferent für Ländliche Räume der KLJB-Landesstelle. Bild: Heiko Tammerna

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | |
|--|-------------|
| Umfrage: OB-Barometer 2015 | Seite 2 |
| Gebäudesanierung: 10.000 Häuser Programm | 2 |
| GZ-Kolumne Georg Huber: Enge Kooperation auf allen Ebenen | 3 |
| Kultusministerium: Schwerpunkte im neuen Schuljahr | 3 |
| Katholische Landjugend und Gemeindetag: Jugendbeteiligung | 4 |
| Kommunale 2015: Zukunftsthemen und Alltagsfragen | 5 |
| GZ-Fachthemen: EDV · IT · Breitband | 6-12 |
| Kommunalverwaltung | 12 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 13-16 |

Kommunale 2015 in Nürnberg:

Zukunftsthemen und Alltagsfragen

Für Bürgermeister, Behördenchefs und Abteilungsleiter ist der 14. und 15. Oktober 2015 im Nürnberger Messezentrum ein Pflichttermin: Dann nämlich findet Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf ihrer Art statt, die Kommunale. Hier treffen sich Entscheider und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung.

Die Kommunale findet alle zwei Jahre statt – und dann gibt's kein Halten mehr. 5.327 Besucher waren es 2013, die sich bei 280 Ausstellern informierten und so dazu beitrugen, dass die Kommunale ihre Nummer-1-Position in Deutschland weiter ausbaute. BayGT-Präsident Dr. Uwe Brandl

positionierte den Gemeindetag deshalb einmal mehr als kraftvolles Sprachrohr der Kommunen.

Flüchtlinge, Finanzausgleich, Energiewende: es sind die ganz großen Themen, welche die Gemeindechefs derzeit auf Trab halten. Und zwar alle! Da gilt es, einmal kurz innezuhalten; sich auszu-

tauschen, neue Kraft zu schöpfen.

Nürnberg ist die Heimat der Kommunale – und Sitz des Heimatministeriums. Entsprechend nutzt Bayerns Staatsminister für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, die Messe, um seine neue Heimatstrategie vorzustellen. Und Ilse Aigner, Bayerns Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, spricht über den aktuellen Stand der Energiewende mit Schwerpunkt auf die Rolle der Gemeinden.

Prominente Persönlichkeiten

Überhaupt geben sich dieses Jahr prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft die Klinke in die Hand auf der Kommunale: So ist denn auch der neue Staatssekretär im Sozialministerium Johannes Hintersberger ebenso vor Ort wie der Rechtswissenschaftler Prof. Martin Burgi, der sich ganz dem Kommunalrecht und der Verwaltungsrechtsmodernisierung verschrieben hat und entsprechend für Aufmerksamkeit auf der Kommunale sorgen wird.

Mehrwert für die Besucher

Die Kommunale ist eine Veranstaltung mit bundesweitem Anspruch, was sich auch im Ausstellerportfolio widerspiegelt. Ob Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung: „Es ist ein Mehrwert für die Besucher, dass sie bei der Kommunale auf Menschen treffen, welche die gleichen Themen bewegt. Es sind die großen Zukunftsthemen ebenso wie ganz pragmatische Alltagsfragen, die hier besprochen werden – und für die es Lösungen gibt“, sagt Werner Richthammer, Projektverantwortlicher der Kommunale.

IT-Talk

Nach der erfolgreichen Premiere im Jahr 2013 gibt es auch 2015 wieder den IT-Talk der Kommunen für IT-Verantwortliche. Dabei geht es um Mobile Anwendungen, cloudbasierte Bürgerportale oder Datenschutz und Informationssicherheit im kommunalen Bereich.

Die Kommunale wird im Messteil veranstaltet von der NürnbergMesse GmbH, ideeller Träger



Die Kommunale 2015 findet erstmals auf der NürnbergMesse im NCC Mitte statt. Keine andere Veranstaltung bietet eine umfassendere Produktpalette für den kommunalen Bereich. □

Gute Gründe für den Besuch der Kommunale

Sie tragen in der Kommunalverwaltung Verantwortung und wollen sich umfassend über die aktuellen technischen Möglichkeiten und Innovationen informieren? Dann besuchen Sie die Kommunale. Als Deutschlands größte Kongressmesse ihrer Art für den kommunalen Bedarf ist sie genau die richtige Informationsplattform. Und es sprechen noch weitere Gründe dafür, vom 14. bis 15. Oktober 2015 nach Nürnberg zu kommen:

1. Konzentration auf Kommunalbedarf

Fachmesse und Rahmenprogramm der Kommunale sind kompakt in einer Halle des Messezentrums Nürnberg gebündelt. Keine andere Veranstaltung bietet eine umfassendere Produktpalette für den kommunalen Bereich rund um Infrastruktur, kommunale IT, Bürobedarf, EDV, Energie, Verkehr, Feuerwehr, Nutzfahrzeuge, Finanzmanagement, Arbeitsschutz, Personenschutz, Recycling, Umweltschutz, Entsorgung, Marketing oder Tourismus. Doch die Atmosphäre bleibt auch in 2015 unvergleichlich familiär und anregend.

2. Garantiert dienstreif

Dienstreisen sind in vielen Städten und Kommunen ein heikles Thema. Die Unterstützung branchenbekannter Partner und Verbände, günstige Anreise- und Eintrittspreise sowie das große Angebots- und Fortbildungsspektrum für die Besucher gewährleisten die Dienstreifigkeit der Kommunale. Das Konzept der kurzen Wege garantiert, dass das gesamte Angebot der Kommunale an einem Tag wahrgenommen werden kann.

3. Lösungen für heute und morgen

Meetings, Termine, Kostendruck. Bleibt Ihnen während Ihrer täglichen Arbeit oft kein Raum für Ideenfindung und Konzeptentwicklung? Dann lassen Sie sich auf der Kommunale inspirieren. Fachveranstaltungen und Ausstellerforen bieten ausreichend Gelegenheit, sich mit Kollegen auszutauschen und von den Erfahrungen anderer zu lernen.

4. Regler Austausch inklusive

Auf der Kommunale sind Sie garantiert mit anderen Fachbesuchern und Ausstellern auf einer Wellenlänge. Das umfassende Angebotsspektrum sowie die Themen der begleitenden Fachveranstaltungen sprechen alle Entscheider sowie Beschaffungsverantwortliche für öffentliche Verwaltung, Kämmerei, Bauamt, IT, Feuerwehr, Schulen und Kindergärten an. Mehr als 5.100 Bürgermeister und leitende kommunale Angestellte besuchten diese einzigartige Fachmesse beim letzten Mal. Seien auch Sie 2015 mit dabei!

5. Messestandort Nürnberg

Die NürnbergMesse ist einer der bedeutendsten Kongress- und Messestandorte Deutschlands. Ein entscheidender Faktor für den Erfolg ist sicherlich die gute Erreichbarkeit. Ob Sie mit dem Auto, der Bahn oder dem Flugzeug anreisen möchten – Nürnberg ist immer einfach und bequem zu erreichen. □

und Veranstalter des Kongresses ist der Bayerische Gemeindetag (BayGT). „Damit kommen Messemacher-Knowhow und intensive Branchenkenntnis kongenial zusammen, erklärt Richthammer. „Das nützt Ausstellern und Besuchern gleichermaßen.“

Informationen und Erfahrungen aus erster Hand vermitteln die Ausstellerforen. Zahlreiche BestPractice Beispiele bringen Lösungen und Produkte der Aussteller nahe.

Ausstellerforen mit zahlreichen BestPractice Beispielen

Die Themen der Ausstellerforen sind so vielfältig wie das Messeportfolio. Sie sind – mitten im Messegesehen plat-

ziert – für alle Besucher frei zugänglich.

Parallel zur Ausstellung findet auch 2015 der Kongress des Bayerischen Gemeindetags statt. Die Themen unter anderem: Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – die neue Heimatstrategie des Freistaats, Gemeinde im digitalen Jahrhundert, Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr?, CO₂-freie Energieversorgung, Breitbandförderung, Live-Hacking, Zukunft des Einheimischenmodells, Kommunaler Finanzausgleich, Frauen führen Kommunen sowie Asyl in Bayern.

Die Feuerwehr kommt!

Parallel zur Kommunale findet wie immer am ersten Laufzeittag

der Feuerwehrinformationstag statt. Süddeutschlands einzige Feuerwehrfachtagung bringt Feuerwehr-Führungskräfte, Sicherheitsverantwortliche, Behörden und Hilfsorganisationen zusammen.

Dienstreise leicht gemacht

Die Unterstützung branchenbekannter Partner und Verbände, günstige Anreise- und Eintrittspreise sowie das große Angebots- und Fortbildungsspektrum für die Besucher gewährleisten die Dienstreifigkeit der Kommunale. Das Konzept der kurzen Wege garantiert zudem, dass das gesamte Angebot der Kommunale an einem Tag wahrgenommen werden kann. □



„Heimat Bayern Preis 2015“

„Heimat ist wichtig für die kulturelle Identität. Seit vielen Jahren ziehen immer mehr Menschen nach Bayern und wählen unser Land zu ihrer neuen Heimat. Das liegt nicht nur am wirtschaftlichen Erfolg und der hohen Lebensqualität in Bayern. In Bayern ist unser Brauchtum fester Bestandteil des Lebens- und Heimatgefühls. Heute ehren wir Menschen, die sich um die Heimat und bayerische Kultur verdient gemacht haben. Sie setzen sich mit Verantwortungsbewusstsein, Leidenschaft und Kreativität für den Erhalt der bayerischen Tradition ein“, stellte Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Verleihung des Heimatpreises 2015 beim Festakt „Heimat Bayern“ in der Residenz München fest.

Ausgezeichnet wurden Filser-Buam e.V., Bund der Gebirgsschützen-Kompanien e.V. und Bairisch-Alpenländischer Volksmusikverein e.V.

Die Filser-Buam sind bayerisches Urgestein. Dieses Jahr haben sie mit ihrem 50. Jubiläum vielfach Grund zum Feiern. Die Filser-Buam haben es sich zur Aufgabe gemacht, das bayerische Brauchtum zu erhalten, zu pflegen und zu fördern. Dieses Ziel verfolgen sie auch aktiv durch Förderung anderer Kulturvereine wie z. B. dem Isargau Bayerische Heimat- und Volkstrachtenverein e.V. und der Münchener Schule für bayerische Musik. Jenseits ihres

kulturellen Engagements unterstützen die Filser-Buam auch Hilfsbedürftige. So richten sie jedes Jahr unter vollem Einsatz ein Osteressen für bedürftige Münchner Senioren im Löwenbräu-Keller aus.

In Bayern gibt es 47 Gebirgsschützenkompanien, die sich den bayerischen Traditionen und der bayerischen Kultur verpflichtet fühlen. Alle ihre Mitglieder verstehen sich persönlich als Hüter und Verteidiger des bayerischen Brauchtums und haben sich der Pflege dieser Lebensart verschrieben, für die unser Freistaat – gerade heute – auch von Nichtbayern weltweit geschätzt und nicht we-

nig beneidet wird. In dieser Hinsicht ist besonders das Engagement der Bund der Gebirgsschützen-Kompanien e.V. um Tracht und Volkslied hervor zu heben. Die Schützen setzen sich zudem für den Erhalt typisch bayerischer Bauwerke in ihren Regionen ein, besonders durch ihr ehrenamtliches Engagement zur Pflege von Kapellen und Feldkreuzen.

Sein Einsatz für den Erhalt eines ursprünglichen und traditionellen bayerischen Liedgutes sucht seinesgleichen. Am 19. Januar 2007 in Söllhuben gegründet, hat der junge Bairisch-Alpenländische Volksmusikverein e.V. schon Großartiges erreicht. Sein Engagement reicht von der frühen Förderung junger Musikkanten bis hin zu Seminaren und Projekten mit anerkannten Größen des Genres. Besonderer Fokus liegt auf dem Erhalt der regionalen Vielfalt der alpenländischen Traditionsmusik und der traditionellen Volksmusikformen. □

Mit 0 % Zinsen energetisch sanieren oder bauen

10 Jahre ohne Zinsen und mit optionalen Tilgungszuschüssen

Nutzen Sie den aktuell zinslosen Energiekredit Kommunal Bayern zur energetischen Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude. Ab dem 01.10.2015 können auch Neubauten gefördert werden. Näheres erfahren Sie unter ▶ www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004 (Stand: 24.09.2015).

Das Förderinstitut der BayernLB



Arbeitet Ihre Kommune kosteneffizient?

Kommunale Leistungen und Produkte setzen sich rechnerisch aus Einzel- und Gemeinkosten zusammen. Sehr wichtig ist das Gleichgewicht dieser beiden Kostenarten. Steigt der Gemeinkostenanteil einseitig auf über 40 Prozent an, drohen der Kommune negative Folgen. Zum Thema hat die AKDB nun einen Fachartikel veröffentlicht. „Arbeitet Ihre Kommune kosteneffizient?“ zeigt Wege zur Transparenz im Kostenmanagement und eröffnet praxisnahe Lösungsstrategien, die jede Kommune umsetzen kann.

Die Betriebswirtschaft unterscheidet zwischen direkten Kosten für ein konkretes Produkt und den Overhead- oder sogenannten Gemeinkosten. Zu letzteren zählen alle Kosten, die keinem Produkt direkt zuzuordnen sind, aber im Gesamtprozess, das heißt in der Verwaltung als Ganzes, benötigt werden. Typische Gemeinkosten sind meist Querschnittsfunktionen wie beispielsweise die Aufwendungen für Gebäude, Fuhrpark, Kasse, Kämmeri, Controlling, Personalverwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Betriebsarzt, Kantine oder PC-Benutzerservice.

Gemeinkosten werden mittels einer Umlage auf die Produkte und Kostenträger verteilt. Dies kann nach individuellen Schlüsseln, nach der Wertigkeit einer Kostenstelle oder linear mit der „Gießkanne“ erfolgen. Das Ergebnis oder besser die Folge dieser Gemeinkostenumlage ist hinlänglich bekannt: Die Kosten kommunaler Produkte verteilen sich um diesen Gemeinkostenanteil. Dies kann zu Wettbewerbsnachteilen führen. Wird beispielsweise der produktive Arbeitslohn eines Mitarbeiters aus dem Bauhof mit dem kommunalen Overhead belastet, ko-

stet seine Arbeitsstunde zum Beispiel 44 Euro, während Wettbewerbsangebote nur 34 Euro vorschlagen. Für nicht hohheitliche Aufgaben besteht bei dieser Art der Kalkulation die Gefahr, sich mittelfristig aus dem Markt zu rechnen. In einem anderen Beispiel ist es schwer zu erklären, weshalb der interne Verrechnungspreis für einen Quadratmeter Bürofläche 44 Euro beträgt, während die Räume außerhalb des Rathauses deutlich günstiger zu mieten sind.

Verdeckte Verwaltung

Liegt der interne Verrechnungspreis deutlich über dem Marktpreis, so ist dies ein erstes Warnsignal für eine „verdeckte Verwaltung“ (Original: „The Hidden Factory“¹). Eine verdeckte Verwaltung verschlingt häufig mehr Geld, Zeit und Ressourcen als der produktive Teil der Verwaltung. Dies ist aber nicht unmittelbar erkennbar. Denn eine verdeckte Verwaltung sieht nur, wer nach ihr sucht. Andere erkennen lediglich, wie sich die Ausgaben vergrößern und die Bearbeitungszeiten verlängern. Das Phänomen verdeckte Verwaltung findet sich gleichermaßen in der

Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Verwaltung.

Zum Auffinden verdeckter Verwaltungen eignen sich unterschiedliche Ansätze. Die bekannteste und zugleich umstrittenste Methode ist die Gemeinkosten-Wertanalyse. Beratungsfirmen wie McKinsey nutzen diese Methode bei ihren Mandanten für einen kurzfristigen Befreiungsschlag. Für ein kontinuierliches und weniger „lautstarkes“ Reduzieren der Kosten empfiehlt sich folgendes Vorgehen: Transparenz durch Kosten- und Leistungsrechnung.

Kosten- und Leistungsrechnung

Eine verdeckte Verwaltung ist per se nichts Außergewöhnliches. Nur ihr wertmäßiger Umfang entscheidet über das damit verbundene Risiko- und Gefahrenpotenzial. Zur Beurteilung dient eine Kosten- und Leistungsrechnung, die die Produktkosten nach ihrer Verrechenbarkeit gliedert.

Nachfolgende Kostenaufstellung² für Friedhofsleistungen ist typisch für kommunale Produkte. Die Gesamtkosten setzen sich aus dem Anteil an direkt zurechenbaren Einzelkosten sowie dem „gefährlichen“ Block der Gemeinkosten und gegebenenfalls der kalkulatorischen Kosten zusammen: Einzelkosten 25.063 Euro, Gemeinkosten (Umlage) 43.729 Euro, kalkulatorische Kosten 15.534 Euro, Gesamtkosten 84.326 Euro.

Auffällig an diesem Beispiel ist die wertmäßige Verteilung innerhalb eines Produkts. Die Gemeinkosten nehmen einen Anteil von 51 Prozent an den Gesamtkosten ein. Plakativ gesprochen bedeutet dies, dass es für die Hälfte der Produktkosten keinen direkten Verantwortlichen gibt. Führt man diesen Gedanken fort, so kann der Produkt-Verantwortliche nur die direkten Einzelkosten steuern. Beim Einwirken auf die Gemeinkosten, also die Umlage der Gebäude-, Fuhrpark-, und Kassen-Kosten, bleibt er chancenlos.

Dies wird deutlich, wenn dieser Produkt-Verantwortliche im Rahmen von Haushaltsgesprächen den Auftrag erhält, seine Kosten um zehn Prozent zu reduzieren. Er kann dies bei den Einzelkosten anheben, aber der Gemeinkosten-Block ist von ihm nicht steuerbar. Umfasst dieser nicht steuerbare Gemeinkosten-Block mehr als 30 Prozent der Produkt-Kosten, sollte man wachsam sein und erste Gemeinkostenkürzungs-Programme auflegen.

Entschlossenes Handeln

Übersteigen die Gemeinkosten wie im obigen Beispiel die 50-Prozent-Marke, ist im Sinne der Kostentransparenz, Effektivität und Wirtschaftlichkeit ein entschlossenes Handeln gefordert. Bei der Reduzierung der Gemeinkosten darf man sich keinen Illusionen hingeben. Häufig müssen auch gewohnte und lieb gewonnene Leistungen geopfert werden.

Ziel ist der strukturelle Rückbau bzw. Abbau nicht notwendiger Leistungen, um eine Verwaltung effizienter zu gestalten und Orga-

nisationsfehler, Verschwendung und unnötige Kosten zu vermeiden. Neben der Kosten- und Leistungsrechnung als profundes Werkzeug für Kosten-Transparenz kann man bei Bedarf weitere Methoden nutzen.

Prüfen der Strategie

Mit einer Strategie wird die langfristige Entwicklung einer Kommune mit dem Zweck der Zukunfts- und Existenzsicherung festgelegt. Diese politische Richtlinienkompetenz zählt zu den zentralen Aufgaben eines Rates. Für die Verwaltung leiten sich aus diesem Oberziel fortan alle Teilziele ab. Geht etwa auf Grund instabiler politischer Mehrheitsverhältnisse diese Strategie verloren oder wird kontinuierlich geändert, könnte beispielsweise jedes Fachgebiet eigene, nicht abgestimmte Nebenziele realisieren. Dies birgt die Gefahr von Reibungsverlusten, unkoordinierten Aktionen, Doppelarbeit, einem un stetigen Entwicklungsverlauf sowie der Förderung der verdeckten Verwaltung.

Haushaltsplanung: Bei Null beginnen

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter hat noch als Gouverneur von Georgia in der öffentlichen Verwaltung das sogenannte „zero based budgeting“ (ZBB) eingeführt. Bei dieser Methode beginnt die Haushaltsplanung bei „Null“ (zero). Das

ZBB blendet die Vergangenheit aus und plant, als wäre die Kommune neu gegründet. So besteht für jeden Teilhaushalt und jedes Produkt die Notwendigkeit, neu zu überprüfen, zu klassifizieren und einen Budgetwert zu planen. Die Vorteile dieser Methode liegen auf der Hand: Sie unterbindet das Fortschreiben von Budgetwerten der Vorjahre „mit dem Lineal“ und blockiert die verdeckte Verwaltung.

Zusammenfassung

Häufig wird in der kommunalen Praxis ein hoher Gemeinkostenanteil als selbstverständlich hingenommen und nicht hinterfragt. Die Gemeinkostenbereiche können sich somit etablieren und zu einer verdeckten Verwaltung verfestigen. Eine Kostenrechnung schafft Transparenz und hilft, die Beteiligten zu sensibilisieren und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu planen, denn übergeordnetes Ziel sollte eine effiziente und moderne Verwaltung ohne wachsende Gemeinkostenblöcke sein.

Quelle: www.akdb.de

¹ In Anlehnung an den Fachaufsatz „The Hidden Factory“; 1985; Miller & Vollmer; Harvard Business Review

² Beispiel übernommen aus KGSt; Bericht 4/2009; Strukturwandel und Wirtschaftlichkeitssteuerung im Friedhofs- und Bestattungswesen. □

Bürgerservice-Portal:

Top-Tipps für maximale Bekanntheit und Nutzung

Das Bürgerservice-Portal ist bei immer mehr Kommunen im Einsatz. Hier finden Sie drei Tipps für Ihre Kommune, damit es Bürger in Zukunft noch besser und schneller erreicht. Eine aktuelle Studie zeigt, dass vorhandene Angebote mangels Bekanntheit in der Bevölkerung noch zu wenig genutzt werden. Umso wichtiger ist es, Lösungen wie das Bürgerservice-Portal offensiv zu vermarkten. Denn sicher ist: Bürger wollen selbstverständlich schon heute selbst entscheiden, wo und wann sie Amtsgänge erledigen, bequem und unabhängig von Öffnungszeiten und Wartezeiten, Fahrt- und Parkkosten.

So erreicht das Bürgerservice-Portal Bürger noch schneller: die drei Top-Tipps für maximale Bekanntheit und Nutzung Ihres Bürgerservice-Portals.

1. Machen Sie Ihr Bürgerservice-Portal bekannt.

Das schönste Angebot nützt nichts, wenn es die Bürger nicht kennen. Wählen Sie Instrumente, Materialien und Ideen, die das Bürgerservice-Portal bekannt machen. Nutzen Sie beispielsweise Ihre eigene Website, die Infokästen in Ihrer Gemeinde, die lokale Presse, Anzeigen und Hinweise in der Gemeindezeitung und in Wochenblättern, Postwurfsendungen, einen Tag der offenen Tür und vor allem Ihr eigenes Personal als Botschafter! Die AKDB stellt Ihnen dazu ein kostenfreies Marketing-Paket in Form von Plakaten, Flyern, Argumentationshilfen oder Online-Material (Banner, Skyscraper, Rectangle) zur Verfügung.

2. Sorgen Sie für die schnelle Auffindbarkeit der Dienste.

Platzieren Sie das Bürgerservice-Portal so deutlich auf Ihrer kommunalen Website, dass es von den Web-Besuchern auch leicht gefunden werden kann.

Verstecken Sie es zum Beispiel nicht in Untermenüs, sondern fügen Sie es in der Hauptnavigation ein. Benennen Sie es unmissverständlich und hinterlegen Sie entsprechende Suchbegriffe auf Ihrer Seite. Verwenden Sie plakativ das Logo „Bürgerservice-Portal“ oder verlinken Sie von anderen Webseiten auf Ihr Portal. Versetzen Sie sich in die Bürger hinein: Wo würden diese Online-Dienste suchen und erwarten?

3. Schulen Sie Ihr Personal.

Ihr Personal berät und erklärt im direkten Bürgerkontakt. Diese Beratung ist oft ausschlaggebend, vor allem für die Aktivierung der eID-Funktion des neuen Personalausweises und für die Wahrnehmung entsprechender Online-Angebote. Sachbearbeiter sollten mit Ihrer Vermarktungsstrategie vertraut sein. Ihnen sollte geläufig sein, welche Dienste in Ihrem Bürgerservice-Portal zur Verfügung stehen und wie sie funktionieren.

eID-Authentifizierung selten zwingend

Besonders überzeugend ist es, wenn ein Mitarbeiter im Bürgeramt aus eigener Erfahrung über die Registrierung mit dem neuen Personalausweis oder über das Online-Bezahlen berichten kann. Allerdings erfordern nur wenige Dienste zwingend eine eID-Authentifizierung; meist ist eine Anmeldung mit Benutzername und Kennwort ausreichend.

Darüber hinaus sind Auskünfte zum Thema Datenschutz und -sicherheit im Bürgerservice-Portal hilfreich – das heißt zum sicheren Betrieb im BSI-zertifizierten-Rechenzentrum der AKDB sowie zu den Anwendungsbereichen für den neuen Personalausweis außerhalb der Verwaltung – siehe zum Beispiel www.personalausweisportal.de.

Übrigens bietet die AKDB Schulungen zu verschiedenen Themen rund um das Bürgerservice-Portal an, z. B. zu ePayment oder zur Vermarktung. □

Auf geht's zum kommunalen „**Familientreffen**“ am 14. und 15. Oktober in Nürnberg

Digitale Verwaltungslösungen:
Wir gestalten Zukunft.

Dienstleistungen:
Wir übernehmen das für Sie.

Mobile Anwendungen:
Wir schaffen Freiräume.

Bürgerservice-Portal:
Wir leben eGovernment.

Veranstaltungsort
Messezentrum | 90471 Nürnberg
14.–15. Oktober 2015

Öffnungszeiten
Mittwoch 09:00–18:00 Uhr
Donnerstag 09:00–17:00 Uhr

Halle 9 Stand 342
Das aktuelle Programm und die Vorträge finden Sie immer unter
www.akdb.de/kommunale

NÜRNBERG 2015
KOMMUNALE

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Positionspapier des Deutschen Städtetages:

Einsatz von Geoinformationen in den Städten

Good Practice-Beispiele aus Bayern

Städte mit ihren digitalen und qualitativ hochwertigen Geoinformationen haben als Datenproduzenten und -lieferanten einen bedeutenden Anteil am Gesamtdatenaufkommen in Deutschland. Kommunalpolitische Zielsetzungen, integrative Planungsprozesse sowie strategische Entscheidungen lassen sich mithilfe von Geoinformationen sachorientiert herbeiführen und anschaulich erläutern.

Für eine zukunftsfähige Stadt bedarf es nach Auffassung des Deutschen Städtetages aber nicht nur smarter Technologien, sondern auch politischer Weitsicht. Die Entscheidungsträger in den kommunalen Stellen müssten davon überzeugt sein, dass umfassendes kommunales Geodatenmanagement eine wegweisende und zukunftsorientierte Infrastrukturmaßnahme für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist. Von dieser Infrastruktur werde künftig die überwiegende Anzahl an E-Government-Prozessen profitieren.

Die im Positionspapier aufgeführten Good Practice-Beispiele zum „Einsatz von Geoinformationen in den Städten“ auf der Basis von Geodaten geben einen Ein- und Ausblick darauf, welche Möglichkeiten sich für Städte in Richtung einer lebens- und auch lebenswerten intelligent organisierten Stadt ergeben (können).

Beispiel Denkmalmanagement Nürnberg: Die Norisstadt besitzt mit seiner ca. 4,5 km langen Stadtmauer ein einzigartiges Denkmal von europäischem Rang. Hierfür wurde auf Wunsch des Hochbauamtes im Nürnberger GIS eine eigene Plattform entwickelt. Diese Anwendung wurde kreiert, um lokal verortete aktuelle und historische Informationen wie Pläne, Fotos, Beschreibungen etc. personenunabhängig zu speichern. Damit ist es möglich, quasi auf Knopfdruck gezielt zu einzelnen Abschnitten Pläne, historische Fotografien und Informationen zu vergangenen Sanierungsmaßnahmen abzurufen, die im Vorfeld aus verschiedenen Archiven zusammengetragen wurden.

Die Stadtmauer zeigt ein differenziertes Bild von mittelalterlichen Abschnitten bis zum Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg. Die gesamte Mauer wurde in unterschiedliche geometrische bzw. bauliche Abschnitte eingeteilt. Diese erhielten unterschiedliche Kategorien gemäß ihrer Wertigkeit als Denkmal und ihres baulichen Handlungsbedarfes. Diese reichen jeweils von gering bis sehr hoch. Diese Kategorien wurden in unterschiedlichen Farben im Lageplan hinterlegt, so dass eine einfache optische Einschätzung des Gesamtbauwerkes erfolgen kann.

Den einzelnen Mauerabschnitten sind aktuelle Bilder und historische Dokumente zugeordnet. Das System kann jederzeit dezentral weiter mit Informationen ergänzt werden. Eine wichtige Funktion ist hierbei die Eintragung von akuten Schäden durch optische Symbole und deren Löschung nach erfolgter Sanierung. Es stellt damit ein Werkzeug für den Bauunterhalt der Stadtmauer und ein zusätzliches Archiv von historischen Quellen dar. Wichtig ist an dieser Plattform natürlich die ständige Fortschreibung und Pflege der Daten, denn nur so kann diese ihre Aufgaben erfüllen.

Städtisches Ökokonto

Beispiel Städtisches Ökokonto Nürnberg: Ein nicht vermeidbarer Eingriff in Natur und Landschaft wie er beispielsweise durch die Ausweisung von Baugebieten im Rahmen der Bauleitplanung oder der Verkehrsflächenplanung entsteht – erfordert das Festsetzen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Diese Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können auch im Vorfeld auf zu erwartende Eingriffe durchgeführt werden. Die Bevorratung von vorgezogenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgt im Rahmen von Ökokonten. Die Stadt Nürnberg hat im Hinblick auf die notwendige Bauflächenentwicklung ein städtisches Ökokonto angelegt.

Flexible Datenhaltung

Um die langfristige Sicherung, Pflege und Entwicklung sowie Zuordnung zu Eingriffsvorhaben besser verwalten zu können, wurde ein digitales Kompensationsflächenkataster aufgestellt, basierend auf Empfehlungen der Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Eingriffsregelung“ und der Anlage 2 zur Satzung der Stadt Nürnberg zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen. In dieser Satzung ist das Nürnberger Bilanzierungsmodell mit der spezifischen Biotopwertliste niedergelegt.

Die auf Standards basierende Datenhaltung in einer Geodatabase erlaubt eine einfache und flexible Datenhaltung, die eine integrierte Erfassung und Fort-

führung der Sachdaten und Geometrien ermöglicht.

Beispiel Münchner Büro- und Gewerbestandortkarte: Welche Büro- und Gewerbeimmobilien stehen aktuell zum Verkauf bzw. zur Vermietung? Wo findet in den nächsten Jahren die gewerbliche Entwicklung statt? Dies sind bedeutende Fragen für die Stadtverwaltung des Wirtschaftsstandortes München.

Ein wichtiges Instrument zur Beantwortung dieser Fragen ist die Büro- und Gewerbebestandortkarte der Landeshauptstadt. Die Standortkarten bieten den Akteuren der Immobilienwirtschaft sowie den flächensuchenden Unternehmen einen Überblick über die derzeitige Angebotssituation. Darin finden sich farblich gekennzeichnet Kern- und Mischgebietsflächen sowie Gewerbe- und Industriegebiete. Auch künftige Flächenpotenziale für Gewerbe- und Büronutzungen werden übersichtlich dargestellt.

Intensives Marketing

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft ist die zentrale Anlaufstelle der Landeshauptstadt München für flächensuchende bzw. ansiedlungsinteressierte Unternehmen. Der Fachbereich der Wirtschaftsförderung betreibt hier intensives Marketing für den Wirtschaftsstandort München. Dabei ist die Büro- und Gewerbebestandortkarte ein zentrales Marketinginstrument.

Diese dient als wichtige Grundlage bei Anfragen, insbesondere bei der Standortberatung. Sie hilft der Stadt München bei der internationalen Positionierung auf Immobilienmessen sowie Delegationsreisen und wird ebenso an nationale wie internationale (Wirtschafts-) Delegationen überge-

Congress@it-sa in Nürnberg:

Trumpf im Kampf gegen Hacker, Viren und Trojaner

Für IT-Sicherheitsspezialisten ist die it-sa, eine der weltweit wichtigsten Fachmessen zur IT-Security, eine feste Größe: Vom 6. bis 8. Oktober 2015 macht sie das Messezentrum Nürnberg erneut zum Ziel für CIOs, CISOs, Administratoren aber auch Unternehmenslenker, die sich über Haftungsrisiken oder Versicherungen für IT-Sicherheitsvorfälle informieren möchten. Das begleitende Kongressprogramm Congress@it-sa bietet wieder Gelegenheit, konkrete IT-Sicherheitsfragen zu vertiefen und das Rüstzeug für die erfolgreiche Verteidigung der Unternehmens-IT zu erweitern.

Mit derzeit zwölf bestätigten, überwiegend kostenfreien Themenblöcken deckt Congress@it-sa aktuelle IT-Sicherheitsthemen wie Advanced Persistent Threats (APTs), Privileged Account Exploits oder Mobile Security umfassend ab. Dabei bleibt Congress@it-sa seinem Konzept treu: Ausstellende Unternehmen und Verbände setzen thematische Schwerpunkte, die sich am Bedarf der Messebesucher orientieren.

Passgenaue Informationen

So informiert beispielsweise bayme, Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e. V., über Datenschutz, Recht und Informationssicherheit für Unternehmen. Bei den Experten von FSP dreht sich alles um Lösungen im Bereich Identity and Access Management, die effiziente und sichere Geschäftsprozesse ermöglichen. Weitere Aussteller, die sich auf der Messe präsentieren und im Kongress Wissen vermitteln, sind cirosec, CyberArk, ownCloud,

ben, die zu Besuch in der Metropolregion sind. Außerdem können mit Hilfe der Standortkarte wichtige Multiplikatorenstrukturen genutzt werden, indem die geografische Darstellung an Institutionen weitergegeben wird, die Auskünfte über den Wirtschafts- und Immobilienstandort München erteilen (z.B. Invest in Bavaria, Europäische Metropolregion München e.V., IHK, HWK, Architektenkammer).

Beispiel Münchner Indikatorenatlas: Indikatoren geben einen hochaggregierten Überblick über spezielle Strukturen und Entwicklungen. Durch ihre Standardisierung können Indikatoren für nationale oder internationale Städtevergleiche herangezogen werden.

Der Indikatorenatlas der Landeshauptstadt München ist eine frei zugängliche Webanwendung zur Präsentation dieser umfangreichen Kennzahlen. Dabei werden folgende Themenbereiche dargestellt: Ärzte, Arbeitsmarkt, Bevölkerung, Grundschüler, Kinderbetreuung, Verkehr, Wahlen. Zentraler Bestandteil der Webanwendung ist eine geographische Auskunft, mit deren Hilfe die Indikatoren auf ihren räumlichen Bezug hin anschaulich visualisiert werden.

Eine wesentliche Grundlage statistischer Informationssysteme sind Geodaten. Mit deren Hilfe kann das Statistische Amt München wichtige statistische Untersuchungen wie z. B. Standortpotentialanalyse oder Analysen von Einzugs- und Versorgungsbereichen durchführen. Zahlreiche Entscheidungen innerhalb einer kommunalen Verwaltung begründen sich auf Basis solcher Untersuchungen.

Darüber hinaus wird mit Hilfe des Indikatorenatlas ein einmaliger Service für Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt München zur Verfügung gestellt und mittels der geographischen Auskunftskomponente gelingt es, umfangreiche Statistiken in eine verständliche Darstellung zu bringen. Damit ist der Indikatorenatlas nicht zuletzt aufgrund der Geodaten ein essentielles Werkzeug im Sinne einer transparenten Kommunalverwaltung. **DK**

NÜRNBERG 2015
KOMMUNALE

9. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF



MESSEZENTRUM NÜRNBERG
14. – 15. 10. 2015

EIN MUSS FÜR KOMMUNALE ENTSCHEIDER

Deutschlands größte Kommunalmesse bietet Ihnen wertvolle Geschäftskontakte zu **rund 300 Ausstellern**, **praxisorientierte Vorträge** und alle wesentlichen **Innovationen für Städte und Gemeinden** unter einem Dach. Das Spektrum reicht von Software über Energie bis zur Gestaltung öffentlicher Räume u. v. m.

BESUCHERSERVICE

Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 36

Fax +49 (0) 9 11.86 06-49 37

besucherservice@nuernbergmesse.de

KOMMUNALE.DE

Terminankündigung:

Kommunales GIS Forum 2015 in Neu-Ulm

„Die digitale Gemeinde – Geodaten werden mobil“: Darüber diskutieren am 16.11.2015 in Neu-Ulm im kommunalen GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. GIS-Verantwortliche und Entscheidungsträger aus Gemeinden, Städten und Landkreisen, GIS-Anbieter und GIS-Dienstleister, Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Vermessungsbüros, Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, Repräsentanten der GDIs aus Bayern und Baden-Württemberg sowie Vertreter kommunaler Fachmedien und zahlreiche weitere Gäste.

Nach der Begrüßung durch den Vorstand Runder Tisch GIS e. V. Andreas Schleyer, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und einer Key-Note zum Thema „Geodaten im Landkreis – Gemeindeübergreifend – Länderübergreifend“ von Landrat Thorsten Freudenberger, Neu-Ulm, stehen im Anschluss vier Themenblöcke im Zentrum des GIS Forums: „Potenziale in offenen und kommerziellen Daten nutzen“, „Geodaten - fit für die Zukunft“, „Geo-Apps als Service für den Bürger“ sowie „GIS und Daseinsvorsorge“.

MEDIENFACHLICHE PARTNER

Behörden Spiegel

Bayerische Gemeindezeitung



VERANSTALTER KONGRESS



IN ZUSAMMENARBEIT MIT



VERANSTALTER FACHMESSE

NÜRNBERG MESSE

Weitere Umsetzung der Zukunftsstrategie Bayern Digital:

Chancen für alle Lebensbereiche

Das Bayerische Kabinett hat über die weitere Umsetzung der Zukunftsstrategie „BAYERN DIGITAL“ beraten. Ministerpräsident Seehofer: „Die Menschen in Bayern sollen auch in Zukunft Gewinner des Fortschritts sein, mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und einer besonders hohen Lebensqualität. Im digitalen Zeitalter wollen wir die neuen Chancen nutzen, aber auch mit den neuen technischen Möglichkeiten verantwortungsvoll umgehen und gleichzeitig Sicherheit vor neuen Risiken gewährleisten. Vernetzung ist der Schlüssel für die Zukunft. Mit unserer Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL führen wir Bayern an die Spitze des digitalen Aufbruchs!“

Das Kabinett billigte ein Paket wegweisender Projekte aus allen Ressorts und beauftragte die zuständigen Ministerinnen und Minister mit der weiteren Umsetzung. Eine Auflistung der wichtigsten Maßnahmen ist im Anhang ersichtlich.

Meilensteine

Die hohe Innovationskraft bayerischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen, hervorragend ausgebildete Beschäftigte, eine starke industrielle Basis und eine ausgezeichnete Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft bilden das Fundament für den digitalen Aufbruch in Bayern. BAYERN DIGITAL schafft Chancen für die Verbindung von lokalem Mittelstand und globalen Märkten, Staat und Bürger, Stadt und Land, Forschung und Anwendung, Beruf und Familie, Patient und Arzt, Pflegebedürftigen und Betreuer. Folgende Meilensteine setzt die Staatsregierung gemeinsam mit Kommunen und Verbänden, mit Wissenschaft und Unternehmen auf dem Weg in die Zukunft:

Neues Zentrum

Digitalisierung.Bayern eröffnet

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle haben in Garching das Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B) eröffnet.

Aigner und Spaenle: „Bayern hat ein klares Ziel: Mit unserer Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL sichern wir uns eine Spitzenposition im digitalen Zeitalter. Die hohe Innovationskraft bayerischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen, gut ausgebildete Beschäftigte, eine starke industrielle Basis und eine hervorragende Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft bilden das Fundament für den digitalen Aufbruch in unserem Land. Nicht die Technik soll den Alltag bestimmen, sondern der Alltag durch innovative Ideen erleichtert werden. Das reicht von Servicedienstleistungen von Behörden bis zu flexibleren Arbeitsmodellen hin zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. BAYERN DIGITAL reicht in alle Gesellschaftsbereiche und wir freuen uns, heute den Startschuss für einen entscheidenden Baustein zu geben, dem Zentrum Digitalisierung.Bayern.“

Treibstoff nutzen

„Daten sind der Treibstoff im 21. Jahrhundert. Diesen Treibstoff wollen wir für die bayerische Wirtschaft nutzen. Für den Großkonzern ebenso wie für die vielen kleinen Mittelständler. Unser Ziel ist die Technologieführerschaft“, betonte Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Die Bayerische Staatsregierung investiert 200 Millionen Euro in das ZD.B als Knotenpunkt für die Digitalisierung im gesamten Freistaat.

Themenplattformen

Aigner: „Mit dem ZD.B bündeln wir die digitale Kompetenz in Bayern in zunächst sechs Themenplattformen. Wir investieren in Menschen, in kluge Köpfe. Mit dem ZD.B bringen wir jetzt die Digitalisierung den

Vorreiter beim schnellen Internet

Die Infrastruktur der Zukunft ist leistungsstark, sicher und überall zugänglich. In Bayern erfolgt der Ausbau des schnellen Internet flächendeckend und mit tatkräftiger Unterstützung des Freistaats. Die für die Förderung zur Verfügung stehenden Mittel wurden verdreifacht. Bis 2018 wird Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro einsetzen und jede Gemeinde in Bayern wird an das schnelle Internet angeschlossen.

Verwaltung und Justiz der Zukunft – schnell, einfach und rund um die Uhr erreichbar

Alle Bürger und Unternehmen in Bayern sollen unabhängig von Standort und behördlichen Öffnungszeiten den digitalen Service unserer Verwaltungen und der Justiz nutzen können. E-Government ist das moderne Verwaltungshandeln der Zukunft. Ein großer Schritt dahin wird das BayernPortal. Es wird als zentrales E-Government-Portal der Staatsregierung Informationen zu Verwaltungsleistungen, Behörden u.v.m. bieten und alle Online-Angebote

der Staatsregierung zentral erreichbar machen.

Motor der digitalen Wirtschaft in Deutschland und Europa

Bayern soll zum Leitanbieter und Leitmarkt für Industrie 4.0-Technologien werden. Staatsregierung und bayerische Unternehmen sind starke Partner beim digitalen Aufbruch. Mit maßgeschneiderten Strategien insbesondere für Handwerk und Mittelstand, mit intelligenten Netzwerken von Wirtschaft, Bildung und Forschung, mit Chancen für die junge digitale Wirtschaft, für Tourismus und Medien werden die Arbeitsplätze der Zukunft gesichert.

Mobil und vernetzt – der Verkehr der Zukunft

Mit BAYERN DIGITAL setzt die Bayerische Staatsregierung auf die Zukunftsfelder automatisiertes Fahren, Logistik und verkehrsleitende Dienste. Damit das Auto der Zukunft in Bayern entwickelt wird- und Zukunftschancen für bayerische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesichert werden.

Neue Chancen für Arbeit und Familie

Mit dem digitalen Aufbruch ent-

stehen neue Berufsbilder und Arbeitsformen. Telearbeit erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neue Lerninhalte und Lernformen legen in den Schulen und Ausbildungsbetrieben den Grundstein, damit die Menschen die Chancen neuen Arbeitens optimal nutzen können. Im Rahmen des Familienpakts Bayern setzen wir gemeinsam mit der Wirtschaft auf flexible Arbeitszeitmodelle und schaffen Freiräume für Familien.

Bildung als Sprungbrett zur Zukunft

Digitale Bildung gehört im Zusammenhang mit Medienbildung mehr denn je zu den Aufgaben der Schulen im Freistaat. Das Potential digitaler Bildung wird an den Schulen konsequent gestärkt und weiter ausgebaut. So erhalten u.a. durch die Weiterentwicklung und den Ausbau der zentralen Internetplattform „mebis – Landesmedienzentrum Bayern“ noch mehr Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte in Bayern Zugang zu wertvollen Werkzeugen und Inhalten für digitales Lehren und Lernen.

Lehre und Forschung – Schrittmacher für den digitalen Aufbruch

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Treiber der Innovation. BAYERN DI-

GITAL vereinigt die klassischen bayerischen Stärken in Forschung und Lehre mit den neuen Möglichkeiten und Technologien. Jede Hochschule wird zu einem „Digitalen Campus“. Wir gründen ein Institut zur Erforschung des Internets; damit ist Bayern auch für den hierzu angekündigten Wettbewerb des Bundes gut aufgestellt.

Marktführer bei der digitalen Sicherheit

Menschen und Unternehmen müssen auf die Sicherheit der neuen Technologien und den Schutz ihrer Daten vertrauen können. Deshalb wird der bayerische Markenkern Sicherheit erweitert: Bayern soll auch für die digitale Sicherheit Pionier und Marktführer sein.

Mit BAYERN DIGITAL setzt die Staatsregierung Maßstäbe – mit einem hohen Sicherheitsstandard bei staatlicher und kommunaler Verwaltung, mit kraftvollem Einsatz gegen Cyberkriminalität. Digitale Sicherheit aus Bayern ist ein Geschäftsfeld mit Zukunft, eine Schlüsselkompetenz im globalen Wettbewerb und Garant für neue Arbeitsplätze.

Neue Chancen für mehr Selbstbestimmung und Lebensqualität

In Medizin und Pflege eröffnet BAYERN DIGITAL Patienten, behinderten Menschen, Senioren

und Pflegebedürftigen neue Möglichkeiten der Behandlung und Betreuung. Digitale Lösungen zum Beispiel in der Telemedizin verbessern die medizinische Versorgung in allen Teilen Bayerns und schaffen mehr Lebensqualität bis ins hohe Alter.

Vorreiter beim digitalen Umwelt- und Verbraucherschutz

Bayern hat Tradition als Vorreiter bei Umwelt- und Verbraucherschutz. Der schnelle und vor allem mobile Zugang zu aktuellen Umweltdaten und spezifische Informationen für die Verbraucher in Bayern baut diese Poleposition weiter aus.

Innovative Land- und Forstwirtschaft hat Zukunft

Bayerische Bauern und Waldbesitzer sind innovative Impulsgeber für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Mit neuen Technologien stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe, schützen Ressourcen und entlasten Land- und Forstwirte vor unnötiger Bürokratie.

Neue Zugänge für Kunst und Kultur

BAYERN DIGITAL macht den Freistaat zum Kulturstaat der Zukunft. Mit hochwertigen digitalen Angeboten wie dem Internetportal „bavarikon“ erhält jedermann Zugriff auf bayerische Kunst- und Kulturschätze und das kulturelle Erbe Bayerns. □

LEW
TelNet

Unser Produkt- und Dienstleistungsportfolio

- > Internet
- > Rechenzentrum
- > Netzwerk
- > Mobiles Arbeiten
- > IT-Sicherheit
- > Standortvernetzung
- > Telefonie

BREITBAND FÜR IHRE KOMMUNE – IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

LEW TelNet zählt zu den führenden Anbietern für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. Zu unserem Kerngeschäft zählt die Konzeption und Umsetzung von professionellen Breitbandlösungen für Kommunen. Mit unserem eigenen Glasfasernetz bringen wir den ländlichen Raum mit Höchstgeschwindigkeit ins Internet. Profitieren Sie jetzt von Standortvorteilen für Ihre Kommune.

LEW TelNet – Ihr Datenspezialist vor Ort

www.lewtelnet.de

Bewilligte Projekte

Das ZD.B hat seine Arbeit in Form einer Taskforce bereits aufgenommen. Eine Geschäftsstelle in Garching wird bis Herbst eingerichtet. Parallel dazu wird die inhaltliche Ausgestaltung der sechs Themenplattformen weiter vorangetrieben. Erste Projekte zu den Themen IT-Sicherheit, Digitale Produktion und Vernetzte Mobilität sind bereits bewilligt. □

Schnelles Internet für Buchloe

Deutsche Telekom und LEW TelNet setzen Vorhaben gemeinsam um

Die Entscheidung ist gefallen: Die Deutsche Telekom hat die öffentliche Ausschreibung für den Internet-Ausbau in Buchloe gewonnen. 112 Kunden können dann Breitband-Anschlüsse mit Geschwindigkeiten von bis zu 200 MBit/s (Megabit pro Sekunde) nutzen. Die Deutsche Telekom und LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, setzen das Breitbandprojekt gemeinsam um.

Insgesamt werden die beiden Unternehmen in Teilen der Stadt Buchloe rund sieben Kilometer Glasfaser verlegen. In 2 Gewerbegebieten wird dabei von LEW TelNet Glasfaser bis in jedes Gebäude verlegt. Zusätzlich

wird die Telekom sechs Verteilergehäuse neu aufstellen oder mit modernster Technik ausstatten.

Das neue Netz wird ab Juli 2016 so leistungsfähig sein, dass Telefonieren, Surfen im Internet

und Fernsehen gleichzeitig möglich sind. Bürgermeister Josef Schweinberger unterzeichnete heute im Buchloer Rathaus den Kooperationsvertrag mit Telekom-Projektleiter Manfred Gayer und Reinhard Wrchlawsky, Leiter Breitband der LEW TelNet.

Starke Partner

„Mit der Telekom und LEW TelNet haben wir zwei starke Partner an unserer Seite. So ermöglichen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern in den Ausbaubereichen in Kürze den begehrten Zugang zum schnellen Internet“, sagt Josef Schweinberger, 1. Bürgermeister der Stadt. „Für Arbeitnehmer mit Home Office, Selbstständige und unsere Unternehmen bringt höheres Tempo enorme Vorteile. Schnelles Internet ist ein wichtiger Standortvorteil, der sich auch positiv auf den Wert einer Immobilie auswirkt.“

Neueste Technik

„Wir danken der Stadt Buchloe für das entgegengebrachte Vertrauen und werden das Projekt zügig umsetzen“, sagt Manfred Gayer, Telekom-Projektlei-

ter. „Wir versorgen Buchloe mit der neuesten Internet-Technik und machen die Stadt damit zukunftssicher.“

Aktiv in der Region

„Eine leistungsfähige Internetanbindung ist heute genauso wichtig wie der Anschluss ans Stromnetz oder die Verkehrsanbindung. Das gilt gleichermaßen für Unternehmen und Gewerbetreibende wie für Privathaushalte“, betont Reinhard Wrchlawsky, Leiter Breitband von LEW TelNet. „Um den Breitbandausbau zügig voranzutreiben, engagieren wir uns in der gesamten Region und setzen Projekte im Rahmen des Bayerischen Förderprogramms wie auch vollständig privatfinanziert um.“

Feinplanung für den Ausbau

Die Telekom und LEW TelNet steigen nun in die Feinplanung für den Ausbau ein. Unter anderem wird eine Firma für die Tiefbaumaßnahmen ausgesucht, Material bestellt und Baugenehmigungen eingeholt. Sobald alle Kabel verlegt und Multifunktionsgehäuse aufgestellt sind, erfolgt der Anschluss ans Netz der Telekom. In der Regel vergehen zwischen dem Vertragsabschluss und der Buchhaltung der Anschlüsse nur zwölf Monate. □



Manfred Gayer, Projektleiter Deutsche Telekom, Franz Hauck, 1. Bürgermeister Gemeinde Jengen, Josef Schweinberger, 1. Bürgermeister Stadt Buchloe, Reinhard Wrchlawsky, Leiter Breitband der LEW TelNet bei der Unterzeichnung der Kooperationsverträge. Bildnachweis: LEW/Plössel

Schnelles Internet:

Förderbescheide an bayerische Kommunen

„Breitband ist Zukunft. Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bayern auf Hochtouren“, betonte Finanzminister Dr. Markus Söder bei der Vergabe von Förderbescheiden an Kommunen in Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz.

„Auf der Herren- und Fraueninsel kann ab sofort kostenfrei im Internet gesurft werden“, kündigte Finanzminister Dr. Markus Söder im Neuen Schloss Herrenchiemsee an. An dem berühmten Königsschloss auf der Herreninsel wurden heute mehrere Hotspots für die Herren- und Fraueninsel freigeschaltet. Mit dem kostenfreien WLAN „@BayernWLAN“ können Besucher Informationen zu dem Schloss und seiner Umgebung direkt vom Smartphone abrufen und Erinnerungsfotos sofort an Freunde und Verwandte verschicken. „Die Chiemsee-Inseln gehen online“, freute sich Söder.

Auf Hochtouren

Kurz vor der Freischaltung des freien BayernWLAN übergab der Finanz- und Heimatminister drei Breitband-Förderbescheide an Gemeinden aus den Landkreisen Rosenheim und Traunstein in Prien a. Chiemsee. „Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bayern auf Hochtouren. Drei Gemeinden aus Oberbayern erhalten heute insgesamt mehr als 572.000 Euro Förderung“, erklärte Söder bei der Übergabe. „Sie sind auf dem besten Weg zur digitalen Autobahn“, so Söder weiter.

In Oberbayern befinden sich aktuell 437 von 500 Kommunen im Förderverfahren (87%). Mit den heute dazugekommenen 3 Gemeinden haben bereits 52 Gemeinden einen Förderbescheid erhalten. Ein Großteil der Fördermittel für den Regierungsbezirk ist aber noch offen: Von maximal 365 Millionen Euro wurden erst rund 11,6 Millionen Euro abgerufen. Söder forderte die Bürgermeister auf, sich weiter im Förderprogramm zu engagieren: „Schnelles Internet ist Grundstein für einen erfolgreichen ländlichen Raum.“

Niederbayern

In Niederbayern erhalten 51 Gemeinden insgesamt über 18,4 Millionen Euro Förderung. Sie sind auf dem besten Weg zur digitalen Autobahn“, freut sich Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder, der die Förderbescheide für den Breitbandausbau in Landshut übergab. Niederbayern engagiert sich vorbildlich beim Breitbandausbau. Mit 253 von 258 Gemeinden befinden sich überdurchschnittliche 98 Prozent im Förderverfahren. Bislang wurden für Niederbayern bereits 38,7 Millionen Euro Fördersumme an 111 Kommunen zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal 216,7 Millionen Euro für den Regierungsbezirk ist aber noch offen.

Bayernweit engagieren sich bereits rund 91% (1.865) aller Kommunen im Förderverfahren. „Mit unserem bundesweit einmaligen Förderprogramm von 1,5 Milliarden Euro bis 2018 bringen wir ganz Bayern an das schnelle Netz. Jede Gemeinde erhält eine Ausfahrt von der Datenautobahn“, kündigt Söder an. Wichtige Hilfe für die Kommunen ist die Beratung durch die Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. In über 6.200 persönlichen Gesprächen wurde fast jede Gemeinde beraten und während des Verfahrens begleitet.

Die Städte Regensburg und Hemau sowie die Gemeinden Bernhardswald, Hagelstadt,



Dr. Markus Söder. □

Obertraubling und Sinzing aus der Oberpfalz erhalten insgesamt über 1,7 Millionen Euro Förderung. Sie sind auf dem besten Weg zur digitalen Autobahn“, freute sich der Minister, der gemeinsam mit Finanzstaatssekretär Albert Füracker die Förderbescheide für den Breitbandausbau in Regensburg übergab.

Oberpfalz

Die Oberpfalz engagiert sich vorbildlich beim Breitbandausbau. Mit 217 von 226 Gemeinden befinden sich überdurchschnittliche 96 Prozent im Förderverfahren. Bislang wurden für die Oberpfalz bereits 19,3 Millionen Euro Fördersumme an 54 Kommunen zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal 180 Millionen Euro für den Regierungsbezirk ist aber noch offen.

Mit den in Regensburg neu übergebenen Bescheiden können schon 414 Kommunen mit einer Gesamtfördersumme von rund 133,4 Millionen Euro in den Breitbandausbau starten. Allein bei den bisher im Ausbau befindlichen Projekten werden über 3.600 km Glasfaserleitungen verlegt. □

Cyber-Spionage lässt Bürger kalt

5. Sicherheitsreport der Deutschen Telekom

Die Menschen in Deutschland lassen die täglichen Berichte über Hackerangriffe und Cyber-Spionage offenbar kalt. Trotz der vielen Meldungen über Hacker-Angriffe, gestohlene Zugangsdaten und NSA-Abhörmaßnahmen machen sich die Bürger heute kaum Sorgen über Cyber-Risiken. Das zeigt der Sicherheitsreport 2015, den das Institut für Demoskopie Allensbach und das Centrum für Strategie und Höhere Führung im Auftrag der Deutschen Telekom erstellt haben.

Beim Thema Datenbetrug im Internet machen sich derzeit 28 Prozent der Bevölkerung große Sorgen, zwischen 2011 und 2014 bewegte sich der Anteil zwischen 27 und 31 Prozent. Auch die Sorgen vor dem Missbrauch von persönlichen Daten durch Unternehmen oder Nutzer in sozialen Netzwerken bewegen sich am unteren Ende der bislang gemessenen Werte.

In Computerviren sehen heute mit 21 Prozent ebenfalls kaum mehr Menschen ein Risiko als noch vor ein, zwei Jahren. Überraschend ist die Sorge, dass andere Staaten wie die USA oder China die Internet- und Telefonverbindungen deutscher Bürger überwachen könnten, im Vergleich zum Vorjahr von 19 Prozent auf 15 Prozent zurückgegangen. Aber: Gefragt, welche Risiken in Zukunft zunehmen werden, nennen etwa 70 Prozent der Befragten den Missbrauch persönlicher Daten durch Unternehmen sowie Datenbetrug im Internet.

Informationsdefizite und Gewöhnungseffekte

Hier scheint ein offenbar widersprüchlicher Befund auf: Einerseits kennt die Bevölkerung zwar die Risiken und geht davon aus, dass sie künftig weiter wachsen werden. Andererseits nimmt die persönliche Betroffenheit und Sorge nicht zu, mitunter sogar ab. Die Allensbacher Meinungsforscher erklären diese vermeintlich widersprüchlichen Ergebnisse einem weitgehenden Gleichmut in der Gesellschaft gegenüber diesem wachsenden Problem sowie teilweise mit Informationsdefiziten. Aber auch Gewöhnungseffekte und ein gewisser Fatalismus sowie das Empfinden, per-

sönlich nicht betroffen zu sein, komme in diesen Ergebnissen zum Ausdruck.

Der Sicherheitsreport der Telekom erscheint nunmehr das fünfte Jahr in Folge, erlaubt den Meinungsforschern also einen rückblickenden Vergleich. Demnach fühlen sich die Menschen in Deutschland insgesamt sicherer als im Vorjahr. Der auf Basis der repräsentativen Umfrage errechnete Risikoindeks sank leicht von 499 auf 490 Indexpunkte. Einzig die Sorge vor Terroranschlägen stieg signifikant. Nannten 2014 noch 17 Prozent der Befragten Terror als hohes Risiko, waren es in diesem Jahr 28 Prozent.

Für die Zukunft geht die Bevölkerung in einigen Bereichen von einer (deutlichen) Zunahme der Risiken aus, in anderen erwartet sie dagegen kaum Veränderungen oder teilweise sogar eine sinkende Gefährdungslage. Bereiche, in denen die Risiken aus Sicht der Bevölkerung besonders deutlich steigen werden, sind: Altersrisiken wie Altersarmut und Pflegebedürftigkeit im Alter, Datensicherheit und Datenbetrug, Naturkatastrophen und Terroranschläge.

Jeweils zwei Drittel oder mehr der Bürger sehen in diesen Bereichen ein wachsendes Gefährdungspotential. 80 Prozent der Bürger glauben, dass das Risiko der Altersarmut in Zukunft zunehmen wird. 74 Prozent erwarten, dass die Pflegebedürftigkeit im Alter und Demenzerkrankungen für die Menschen in Deutschland zunehmend ein Risiko darstellen werden. Bereits an nächster Stelle folgt der Missbrauch persönlicher Daten durch Unternehmen mit 70 Prozent sowie der Datenbetrug im Internet mit 68 Prozent. □

Kostenfrei surfen rund um Berchtesgaden

Kostenlose WLAN-Hotspots für Einheimische und Gäste

„Rund um Berchtesgaden kann ab sofort kostenfrei im Internet gesurft werden“, kündigte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder in Berchtesgaden an. Im Raum Berchtesgaden ergänzt der Freistaat mit seinem Programm BayernWLAN eine Initiative der Gemeinden Berchtesgaden, Bischofswiesen, Ramsau, Schönau und Marktschellenberg für kostenfreies WLAN.

Gemeinsam mit MdL Michaela Kaniber und dem 1. Bürgermeister von Berchtesgaden, Franz Rasp, wurden die Hotspots freigeschaltet. „Staat und Kommunen haben sich bei diesem Projekt optimal ergänzt. So konnten wir ein attraktives Serviceangebot für die zahlreichen Gäste in dem zu Recht beliebten Feriengebiet schaffen“, freute sich Söder. Informationen zu den zahlreichen Sehenswürdigkeiten in und um die Gemeinden im Berchtesgadener Land können jetzt direkt abgerufen und Erinnerungsfotos sofort an Freunde und Verwandte versandt werden.

Schrittmacher Bayern

Ziel ist es, den Freistaat Bayern bis 2020 mit einem engmaschigen Netz von kostenfreien WLAN-Hotspots zu überziehen, die alle unter der einheitlichen Kennung „@BayernWLAN“ erreichbar sind. Das

Heimatministerium arbeitet an einem bayernweiten Konzept hierfür. Bayern will einen neuen deutschlandweiten Standard prägen und Schrittmacher für die Entwicklung von Freiem WLAN in den Bundesländern sein. Söder: „Das Heimatministerium stärkt die digitale Chancengleichheit und sorgt für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern.“

Heimatstrategie

Breitbandausbau, BayernPortal, Bayern-Labs und BayernWLAN in Bayern sind die Stützpfeiler der Digitalisierung im ländlichen Raum. Nach dem Breitband-Ausbauprogramm der Staatsregierung, für das der Freistaat 1,5 Milliarden Euro investiert, ist das BayernWLAN der nächste konsequente Schritt der Heimatstrategie. In den kommenden Jahren sollen alle geeigneten Behörden mit BayernWLAN ausgestattet werden. □

Würzburger Uniklinikum:

Huml fördert Telemedizin-Projekt mit 250.000 Euro

Digitale Vernetzung verbessert Intensivversorgung im ländlichen Raum

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml unterstützt das innovative Projekt „Tele-Intensivmedizin“ des Universitätsklinikums Würzburg. Ziel ist es, die intensivmedizinischen Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum mithilfe modernster Kommunikationstechnik zu verbessern.

Ministerin Huml zufolge „bietet das Projekt einen völlig neuen Informationsaustausch zwischen Krankenhäusern im ländlichen Raum und intensivmedizinischen Experten. Diese Vernetzung kann die hochwertige und flächendeckende Versorgung von Intensivpatienten in ganz Bayern verbessern.“

Beispielsweise können die

Kliniker am Bett des Patienten per Videokonferenz Kontakt mit dem intensivmedizinischen Zentrum aufnehmen. Huml ergänzte: „Gerade dieser direkte Kontakt über die Datenleitung dient einer schnellen und umfangreichen Diagnose und damit der bestmöglichen Betreuung für schwerkranke Patienten.“

Die Ministerin unterstrich: „Auch auf der Intensivstation ersetzt Telemedizin weder die sprechende Medizin noch menschliche Zuwendung. Im Mittelpunkt muss immer der Mensch und das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient stehen.“

Das Projekt „Tele-Intensivmedizin“ wird vom Bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium mit fast 250.000 Euro gefördert und von Professor Dr. Peter Kranke, Ärztlicher Leiter der Klinik und Poliklinik für Anästhesiologie des Universitätsklinikums Würzburg, wissenschaftlich betreut. □

Was den Umgang von Unternehmen der Kommunikations- und Internet-Branche mit persönlichen Daten angeht, schenkt die Bevölkerung der Telekom mit Abstand das größte Vertrauen. 46 Prozent halten die Telekom für vertrauenswürdig. Damit hat die Telekom einen fast doppelt so großen Vorsprung vor den nächstplatzierten Unternehmen (24 Prozent).

Forderung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder:

Nachbesserung der Datenschutz-Grundverordnung

Die Beratungen über die Datenschutz-Grundverordnung sind mit dem Trilog zwischen Europäischem Parlament, Rat der Europäischen Union und Europäischer Kommission in die entscheidende Phase eingetreten. Für die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder ist es von außerordentlicher Bedeutung, dass die Datenschutz-Grundverordnung im Vergleich zum geltenden Rechtsstand einen verbesserten, mindestens aber dem bisherigen Standard gleichwertigen Grundrechtsschutz gewährleistet.

Sie appelliert an die Trilogpartner, bei ihren Verhandlungen insbesondere zu berücksichtigen:

1. Die Datensparsamkeit muss Gestaltungsziel bleiben!

Die Allgegenwärtigkeit der Datenverarbeitung und der Einsatz

von Big-Data-Technologien erzeugen eine unvorstellbare Menge (auch personenbezogener) Daten. Deshalb ist das seit vielen Jahren im deutschen Datenschutzrecht verankerte Prinzip der Datenvermeidung und Datensparsamkeit

wichtiger denn je. Für eine möglichst grundrechtsschonende Datenverarbeitung müssen sich sowohl Staat als auch Wirtschaft auf das zur Erreichung ihrer im Einklang mit der Rechtsordnung legitimen Zwecke notwendige Maß beschränken. Das Prinzip der Datensparsamkeit muss durch die Datenschutz-Grundverordnung explizit vorgegeben werden.

2. Es darf keine Aufhebung der Zweckbindung geben!

Der Grundsatz der Zweckbindung dient in erster Linie der Transparenz und Vorhersehbarkeit der Datenverarbeitung und stärkt die Autonomie der Betroffenen, indem sie sich darauf verlassen können, dass ihre Daten nur zu Zwecken weiterverarbeitet werden, zu denen sie erhoben wurden. Insbesondere durch die vom Rat vorgeschlagene Regelung würden Zweckänderungen in einem derart weiten Umfang zulässig, dass das in der Europäischen Grundrechtecharta enthaltene Prinzip der Zweckbindung, preisgegeben wäre. Dies lehnt die Konferenz entschieden ab.

Auch die vom Rat vorgesehenen Privilegierungen für die Datenverarbeitung zu statistischen, historischen und wissenschaftlichen Zwecken, nach denen vom ursprünglichen Erhebungszweck abweichende Verarbeitungen stets nahezu schrankenlos zulässig sind, begegnen erheblichen Bedenken.

3. Die Einwilligung des Einzelnen muss die Datenhoheit sichern!

Recht auf informationelle Selbstbestimmung bedeutet, dass der Einzelne grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten in der Form der Einwilligung entscheiden kann. Die Einwilligung ist aber nur dann ein wesentliches Element zur Gewährleistung der Datenhoheit, wenn sie durch eine ausdrückliche Willensbekundung erfolgt.

Einwilligungserklärungen, die – wie der Rat vorschlägt – lediglich unmissverständlich sein müssen, lehnt die Konferenz als unzureichend ab. Letzteres ermöglicht es den global agierenden Dienst-

anbietern, durch die Verwendung pauschaler Datenschutzbestimmungen und datenschutzunfreundlicher Voreinstellungen weitreichende Datenverarbeitungsleistungen ohne ausdrückliche Einwilligung des Nutzers für sich zu reklamieren. Damit wird einem opt-out als pauschale Möglichkeit der Einwilligung der Weg bereitet.

4. Die Rechte der Betroffenen dürfen nicht eingeschränkt werden!

Die Konferenz spricht sich für umfassende Informationsrechte aus, die die Betroffenen in die Lage versetzen, Umfang und Risiko der Datenverarbeitung einzuschätzen. Die Ausübung ihrer Rechte und die zur Umsetzung ergriffenen Maßnahmen müssen für die Betroffenen unentgeltlich sein. Die Konferenz wendet sich daher gegen die vom Rat vorgesehenen diesbezüglichen Beschränkungen.

5. Die Profilbildung muss wirksam begrenzt werden!

Die Konferenz weist erneut auf die Notwendigkeit einer strikten Regelung der Profilbildung hin, die der Zusammenführung und Auswertung personenbezogener Daten über eine Person enge Grenzen setzt. Die vorgesehenen Regelungen greifen hier zu kurz.

6. Effektiver Datenschutz benötigt betriebliche und behördliche Datenschutzbeauftragte!

Für die Effektivität der Datenschutzaufsicht kommt den in Deutschland fest etablierten behördlichen und betrieblichen Datenschutzbeauftragten große Bedeutung zu. Die Konferenz setzt sich dafür ein, dass die Bestellung von Datenschutzbeauftragten in Behörden und Unternehmen europaweit verpflichtend ist.

7. Datenübermittlungen an Behörden und Gerichte in Drittstaaten bedürfen einer stärkeren Kontrolle!

Nach den Datenschutzskandalen der jüngsten Zeit ist ein besserer Schutz der personenbezogenen Daten von europäischen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber drittstaatlichen Einrichtungen dringend geboten. Nach dem Vorschlag des Parlamentes sollen Urteile von Gerichten und Entscheidungen von Verwaltungsbehörden eines Drittstaates, die von einer datenverarbeitenden Stelle die Weitergabe personenbezogener Daten verlangen, in der EU nur auf der Grundlage internationaler Übereinkommen zur Amt- und Rechtshilfe anerkannt und vollstreckt werden. □

Gefährlicher Streaming-Dienst:

Experte warnt vor neuer Abmahnwelle

Illegales Streaming im Netz ist beliebt, aber riskant. Immer wieder bekommen Nutzer Abmahnungen mit horrenden Zahlungsforderungen. Ein Medienanwalt warnt jetzt vor einem Dienst, dessen Nutzung gefährlicher ist, als viele annehmen.

Wer Filme und Serien im Internet anschaut, sollte sich genau überlegen, wo er das tut. Neben den legalen Streaming-Angeboten wie Netflix, Amazon Prime oder Watchever, deren Sortiment für einen monatlichen Festpreis unbegrenzt abrufbar ist, gibt es viele andere Angebote im Netz, die damit locken, Filme und Serien kostenlos anzubieten.

Zuletzt machte „Popcorn Time“ Schlagzeilen: Der Dienst tarnte sich als Streaming-Seite, verwendete in Wahrheit aber die Torrent-Technologie, bei der Nutzer Dateien gleichzeitig herunterladen und hochladen und so anderen zur Verfügung stellen. Diese Form des Filesharing ist in Deutschland verboten, Nutzer des Portals wurden massenhaft abgemahnt. Wer über „IsoPlex“ streamt, könnte bald ebenfalls Post vom Anwalt bekommen.

Die Seite ist seit Juni 2014 online, in Deutschland bisher aber wenig verbreitet. Sie ähnelt dem vermeintlichen Streaming-Dienst Popcorn-Time und bietet aktuelle Kinofilme und TV-Serien kostenlos an. Um über IsoPlex zu streamen, brauchen Mac- und PC-Nutzer nur die passende Software: „Eine App, alle Filme und Serien die du willst“, heißt es auf der Startseite von IsoPlex.

IsoPlex-Nutzer handeln illegal

Doch hinter dem vermeintlich harmlosen und attraktiven Angebot stecke eine illegale Technologie, warnt Tobias Röttger, Anwalt für Medienrecht: „Auch IsoPlex verwendet unter der Haube die Torrent-Technologie“, erklärte der Experte n-tv.de. Nutzer machen sich also des illegalen Filesharings schuldig, indem sie die von ihnen angeschauten Dateiteile Dritten über Torrents zum Download anbieten. „Wer in Deutschland ungeschützt IsoPlex verwendet,

muss (...) ernsthaft mit kostenintensiven Abmahnungen rechnen. Das Anschauen von Filmen und TV-Serien über IsoPlex stellt in Deutschland aufgrund der Verwendung von Torrents eine Urheberrechtsverletzung dar.“

Das Programm stammt von den Machern der Torrent-Website „IsoHunt“, schreibt Röttgers Anwaltskanzlei in einer ausführlichen Stellungnahme. Seine Oberfläche sei ansprechend und professionell gestaltet und mit seiner deutschen Menüführung leicht bedienbar. Es handle sich im Gegensatz zu anderen bekannten Seiten wie kinnox.to oder movie4.to aber weder um einen reinen Streaming-Anbieter noch um einen Share- oder Filehoster, bei dem nur ein Download stattfinde.

Die Seite wirbt mit einem kostenlosen Angebot an Filmen und Serien. Dass es aber nicht beim kostenlosen Filmgenuss bleiben müsse, zeige sich am Beispiel von Popcorn Time, dessen Nutzer in den letzten Monaten im Auftrag der Filmindustrie durch verschiedene Anwaltskanzleien abgemahnt worden seien, so Röttger. Dabei würden Forderungen in Höhe von 500 Euro und mehr fällig – für jede geschautete Folge einer TV-Serie. Für einen Kinofilm verlange eine der bekannten Abmahnkanzleien 815 Euro, eine andere mahne seit Jahren die Erfolgsserie „The Walking Dead“ ab und erhebe eine Schadenspauschale von 800 Euro pro Folge.

Das Risiko, selbst ein solches Schreiben zu bekommen, kann schwer abgeschätzt werden. Liegt aber einmal eine Zahlungsforderung auf dem Tisch, ist es schwer, sich dagegen zu wehren. Im Zweifel ist es also deutlich günstiger und stressfreier, einen der legalen Streaming-Anbieter zu nutzen und dafür die monatlichen Abo-Gebühren zu bezahlen.

Quelle: n-tv.de, jwa

Deutschland fit machen für die Gigabit-Gesellschaft

Führende Telekommunikationsverbände fordern Neujustierung der deutschen Breitbandpolitik

Der Aufbau nachhaltiger und zukunftssicherer Kommunikationsinfrastrukturen ist nach Auffassung der führenden Telekommunikationsverbände ANGA, BREKO, BUGLAS und VATM sowie des FTTH Council Europe eine der zentralen Zukunftsaufgaben für Deutschland und muss von einer weitsichtigen und verlässlichen Wirtschafts- und Regulierungspolitik begleitet und flankiert werden.

Anlässlich eines Breitband-Symposiums in Berlin haben sich die Verbände in einem gemeinsamen Thesenpapier für eine Neujustierung der Breitbandpolitik hierzulande ausgesprochen und forderten in einer gemeinsamen Zukunftsaufgabe eine „echte Gigabit-Strategie“ und faire Wettbewerbsbedingungen.

Gigabit-Netze seien von entscheidender Bedeutung für Unternehmen, Privatkunden und den öffentlichen Sektor. „Sie schaffen Lebensqualität, Wachstum und Arbeitsplätze“, betont ANGA-Präsident Thomas Braun. Themen wie Industrie 4.0, Anforderungen neuer Energienetze, moderne Verwaltung mit E-Government, verbesserte Gesundheitsversorgung mit E-Health oder neue Formen der Arbeit und der Mediennutzung bieten Chancen, benötigen jedoch entsprechende Voraussetzungen: „Die Nachfrage nach Bandbreite wächst bereits jetzt messbar kontinuierlich, und nur zukunftssichere Kommunikationsinfrastrukturen können die bereits heute absehbaren Anforderungen an Geschwindigkeit und Servicequalität erfüllen.“

Die Gigabit-Gesellschaft benötigt im Verlauf der nächsten zehn Jahre Gigabit-Kommunikationsnetze, die solche Bandbreiten beim Endkunden tatsächlich zur Verfügung stellen. Im Festnetz sind dies Glasfaseranschlüsse, die bis in die Gebäude (FTTB) oder bis in die Wohnung (FTTH) reichen.

„Auch für Mobilfunk-Lösungen werden in der Regel auf Glasfasernetzen basierende Infrastrukturen benötigt“, stellt VATM-Präsident Martin Witt heraus. „Diese müssen frühestmöglich errichtet oder aufgerüstet werden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und eine digitale Spaltung zu verhindern.“

Die Initiative ist sich einig, dass der dafür notwendige Breitbandausbau nur im Wettbewerb gelingen kann. Dieser sei Antrieb für einen effizienten Ausbau, die stetige Verbesserung der Produktqualität und die Entwicklung neuer Dienste und Applikationen. Nicht zuletzt profitierten Bürger und Unternehmen auch von günstigen Preisen. Privilegien und Regulierungserleichterungen oder die Schaffung neuer Monopole in Bereichen des langfristig nicht zukunftsfähigen Kupfernetzes setzen dagegen die falschen Anreize.

„Zukunftssichere Glasfasernetze in Stadt und Land sichern nach-

haltig die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und spielen bei der Wahrung und dem Ausbau von Wohlstand daher eine entscheidende Schlüsselrolle“, bekräftigt BREKO-Präsident Norbert Westfal. „Wettbewerb sorgt dabei nicht nur für einen weitgehend eigenfinanzierten Glasfaserausbau, sondern sichert selbst bei geförderten Ausbauprojekten größtmögliche Qualität bei geringstmöglichem Fördermitteleinsatz.“

„Die bisherigen Breitbandziele der Bundesregierung können höchstens als Zubringer zur eigentlichen Datenaufbahn der Zukunft angesehen werden“ wirbt BUGLAS-Präsident Jens Prautzsch für einen grundlegenden Neustart der deutschen Breitbandpolitik. „Die richtigen Weichenstellungen sind jetzt notwendig.“

Notwendige Weichenstellungen

In dem Zusammenhang dürfe die Ausbauagenda bis 2018 höchstens als Wegmarke verstanden werden, keinesfalls jedoch als Ziel. In einer zukunftsorientierten Breitbandstrategie müsse ein nachhaltiger Netzausbau Vorrang haben vor Übergangslösungen. „Wenn hingegen eine Übergangslösung wirtschaftlich sinnvoll erscheint, muss sie wenigstens so angelegt sein, dass ein weiterer Ausbau nicht erschwert oder verzögert wird“, so Prautzsch. Die Regulierung von Zwischenlösungen wie Vectoring müsse daher in jedem Fall den Aspekt der Übergangstechnologie betonen.

„Die Bundesrepublik muss aufpassen, dass sie im internationalen Vergleich nicht den Anschluss verliert“, mahnt Prof. Hartwig Tauber, Geschäftsführer des FTTH Council Europe. „Andere Länder sind da bereits deutlich besser aufgestellt.“ Somit müssten in Brüssel weiterhin nationale Besonderheiten der Marktstruktur berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund seien eine „One-size-fits-all“-Regulierung und die Entmachtung nationaler Regulierung kontraproduktiv.

Die unterzeichnenden Verbände sehen das gemeinsame Thesenpapier als inhaltliche Grundlage für weitere Diskussionen, die konstruktiv mit allen Beteiligten geführt werden sollen. Um der Ernsthaftigkeit ihres Anliegen Nachdruck zu verleihen, beabsichtigen die Verbände, künftig entsprechende Fortschrittsberichte zu veröffentlichen. □



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Bayerische Innovationstage in Landshut:

Praktische Hilfestellung

Die bayerischen Landratsämter stehen alle vor denselben Herausforderungen. Die demografische Entwicklung macht es zunehmend schwieriger, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Sparzwänge und die rasant steigenden Ausgaben im Sozialbereich schränken die finanziellen Handlungsspielräume ein. Gleichzeitig müssen die Landratsämter ihre anspruchsvollen Aufgaben sachgerecht erfüllen und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden, wie sich bei den Innovationstagen des Bayerischen Landkreistages in Landshut zeigte.

Nach dem Motto „Gemeinsam weiterkommen“ war es Ziel der Innovationstage, Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten zur Verwaltungsmodernisierung zu geben. In den vier Innovationsforen demographierorientiertes Personalmana-

gement, service- und kundenorientiertes Landratsamt, zielorientierte Steuerung im Landratsamt am Beispiel der Jugendhilfe sowie elektronische Aktenführung luden sie zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch ein.

Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin:

Digitale Welt im Mittelpunkt

Als jährliche Leitveranstaltung für E-Government und Verwaltungsmodernisierung fand in Berlin der „3. Zukunftskongress Staat & Verwaltung“ statt. Das Motto: „Staat und Gesellschaft in der digitalen Revolution“. Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern Dr. Thomas de Maizière trafen sich rund 1.300 Spitzenvertreter aus Bund, Ländern und Kommunen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie Repräsentanten innovativer Unternehmen.

Zentraler Bestandteil des Kongresses waren vier Plenarveranstaltungen, zwölf Zukunftsforen sowie über 50 weitere parallele Veranstaltungen, die sich entlang der vier strategischen Themenfelder Staat & Verwaltung in der digitalen Gesellschaft, Strukturen, Prozesse & Dienstleistungen: E-Government, Öffentliche Finanzen, Effizienz & Transparenz sowie Führung, Personal & Kompetenzen ausrichteten.

Erstmals diente der Zukunftskongress auch als Dialogforum des Nationalen IT-Gipfels der Bundesregierung. So diskutierte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung über die „Zukunft der Verwaltung in der digitalen Welt“.

Digitale Agenda

Wie de Maizière hervorhob, hätten die Verwaltungen heute mehr Aufgaben und weniger Ressourcen. Es gebe mehr elektronische Angebote. Arbeitsabläufe seien überprüft und IT-Systeme integriert worden. Dieser Prozess müsse fortgesetzt und an einigen Stellen noch stärker angetrieben werden. Dies erfolge mit der Digitalen Agenda 2014-2017.

Höhepunkt des zweiten Kongressstages war die Grundsatzrede des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel zum Thema „Moderner Staat und Innovation“. Er hob die Bedeutung einer schlanken und innovativen Verwaltung für die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger hervor: „Ein moderner Staat muss Anschluss halten an die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. eGovernment kann mehr Dienstleistungsorientierung, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Produktivität und mehr Wirtschaftlichkeit bringen.“

Wie Gabriel erläuterte, gehe es aber nicht allein um die schlechte Digitalisierung bestehender Papierverfahren. Mit der Digitalisierung der Verwaltung biete sich vielmehr die Chance zu weniger Bürokratie und für besseren Service und mehr Partizipation: „Wir wollen zum Beispiel, dass Gründer und vor allem mittelständische Unternehmen alle notwendigen Vorgänge mit der Verwaltung voll-

ständig elektronisch über eine Stelle abwickeln können, von der Antragstellung über die Anknüpfung bis hin zum Empfang von Bescheiden. Mit der eVergabe werden bürokratische Hemmnisse vor allem für kleine und mittlere Unternehmen abgebaut; das erleichtert die Teilnahme an Ausschreibungen, vergrößert den Bieterkreis und schafft so mehr Wettbewerb.“

Aberundet wurde der Zukunftskongress durch eine Fachausstellung, auf der sich die Besucherinnen und Besucher an verschiedenen Ständen über Projekte und Lösungsansätze für eine moderne Verwaltung informieren konnten.

Bundesweite Studie

Im Vorfeld der Tagung hatten das Bundesministerium des Innern und die Hertie School of Governance die repräsentative bundesweite Studie „Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2015“ vorgestellt. Hierzu wurden Führungskräfte in 1.200 Verwaltungsstellen aus Bund, Ländern, Landkreisen und Kommunen im Hinblick auf Status quo, erzielte Fortschritte sowie zukünftige Herausforderungen befragt. Das Ergebnis: Die Umsetzung des E-Government-Gesetzes und Maßnahmen der Digitalisierung, eine neue Personalpolitik sowie der budgetäre Druck sind aus Sicht der öffentlichen Verwaltung in Deutschland die größten Herausforderungen der Zukunft.

Behördliche Defizite

Inzwischen haben knapp drei Viertel der befragten Behörden eine digitale Strategie oder planen eine solche. Defizite zeigen sich allerdings mit Blick auf die Umsetzung des Regierungsprogramms „Digitale Verwaltung 2020“. 38 Prozent der befragten Behörden geben an, diese innerhalb der nächsten fünf Jahre realisieren zu wollen, 49 Prozent hingegen noch nicht abschätzen, wann die Vorgaben verwirklicht werden.

Beim Thema Digitalisierung stehen für die öffentliche Verwaltung die IT-Sicherheit, die Einführung der elektronischen Akte, der Auf- und Ausbau des Online-Angebots von Behördenleistungen sowie der

Ein interaktiver Vortrag von Dr. med. Claudia Croos-Müller zeigte auf, wie Gesundheit und Resilienz angesichts der zunehmenden Arbeitsbelastung gefördert und Stress besser bewältigt werden kann. Markus Flemming, langjähriger Eishockeyprofi und Sportpsychologe, veranschaulichte seinerseits, was aus der Motivation beim Spitzensport für die tägliche Arbeit erlernbar ist.

Die AKDB nahm die Innovationstage zum Anlass, ihren sogenannten Kennzahlen-Vergleich zu präsentieren. Seit Jahren vergleichen sich innerhalb dieser Web-Plattform verschiedene Landkreise in den kommunalen Themenfeldern Jugend, Kfz-Zulassung, Fahrerlaubnis, Ausländerwesen, Sozialwesen oder Bauverwaltung unter den Aspekten Kosten und Fallzahlen.

Angesichts steigender Komplexität der Informationen brauchen Kommunen eine übersichtliche, flexible und uneingeschränkte Vergleichbarkeit kommunaler Kennzahlen, um aus Abweichungen bei einzelnen Kennzahlen organisatorische Defizite zu identifizieren und gleichzeitig Impulse für ein optimiertes Handeln zu erhalten.

Dauersitzen im Büro verursacht Gesundheitsprobleme

Schreibtischaufsätze von VARIDESK sorgen für mehr Bewegung

Sitzen am Computer, sitzen im Meeting, sitzen in der Kantine: Der Arbeitsalltag von vielen Büroangestellten spielt sich fast ausschließlich im Sitzen ab. Höhenverstellbare Schreibtischaufsätze von VARIDESK können dieses Problem lösen. Sie erlauben einen Wechsel von einer sitzenden in eine stehende Position. Bestehende Bürolandschaften können problemlos genutzt werden, da die Aufsätze auf vorhandene Schreibtische gestellt werden.

Warum der regelmäßige Wechsel zwischen Stehen und Sitzen am Arbeitsplatz wichtig ist, belegen verschiedene aktuelle Langzeitstudien. Ihnen zufolge erhöht Dauersitzen das Risiko an Herz-Kreislauf-Leiden, Diabetes oder an bestimmten Formen von Krebs zu erkranken. Wissenschaftler der University of Chester fordern daher ein Umdenken bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen. Auch Freizeitsportler seien betroffen: Sport vor oder nach der Arbeit könne die negativen Folgen des Dauersitzens nicht kompensieren.

Geschlossene Marktlücke

Jason McCann, Geschäftsführer des Unternehmens, ist vom Erfolg der Aufsätze überzeugt: „Unsere Produkte schließen eine Marktlücke, weil jeder bestehende Schreibtisch umfunktioniert werden kann. Im Vergleich zu kompletten höhenverstellbaren Schreibtischen bieten wir ei-

Aufbau interner Kapazitäten und Kompetenzen im Bereich E-Government im Mittelpunkt. Die Möglichkeit der elektronischen Bezahlung wird hingegen erst von 25 Prozent der befragten Behörden aufgegriffen. Bislang kaum beschäftigten sich deutsche Behörden mit DE-Mail, Mobilien Government-Anwendungen, Cloud Computing und Big Data.

Investitionsbedarf

Den größten Investitionsbedarf sehen öffentliche Hand und Unternehmen in den kommenden fünf Jahren in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und digitale Infrastruktur, gefolgt von Bildungsinvestitionen und dem Ausbau der Altenpflege.

ten. Je nach Vergleich werden bis zu 30 Verfahren mit rund 20 Kennzahlen gegenübergestellt. Messkriterien sind neben Kosten und Erlösen die Mengen und Fallzahlen.

Beispielsweise werden für den Vergleich im Jugendbereich die Landkreise den Clustern des Bayerischen Landesjugendamtes zugeordnet. Dies ermöglicht einen qualitativ ausgewogenen Vergleich mit Landkreisen, die eine ähnliche Sozialstruktur aufweisen. Auf dem Landshuter Innovationskongress berichteten verschiedene Landkreisvertreter einem interessierten und engagierten Publikum von Vor- und Nutzen und Erfolg der gemeinsam entwickelten Vergleichsplattform.

Leitfäden

Im Innovationsring des Bayerischen Landkreistags haben sich 26 Landkreise zusammengeschlossen, um die Landratsämter auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Als praktische Hilfestellungen veröffentlicht der Innovationsring deshalb regelmäßig Leitfäden, die von den vier Projektgruppen „Personal und Führung“, „Betriebswirtschaft“, „Organisation/eGovernment“ sowie „Service- und Kundenorientierung“ erarbeitet werden.

Die von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land,



Partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Landkreisen, Landkreistag und der AKDB: Alfred Bezler (Software-Entwicklung AKDB), Landrat Josef Niedermaier, Hans Gey (Controller im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen) und Klaus Geiger (Referent für Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag (v. l.))

geleitete Projektgruppe „Personal und Führung“ befasst sich insbesondere mit den Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung für das Personal und die Führung an den Landratsämtern ergeben.

Eine erste Mitarbeiterbefragung zu den Themen Landratsamt (Image, Innovationsfähigkeit, Beratungsqualität, Serviceorientierung), Zusammenarbeit interne/eigene Organisationseinheiten, Führungsstil und Führungsverhalten, Entwicklungschancen, Arbeitsplatz und Arbeitszufriedenheit, Fragen zum Landrat und zur Personalvertretung, LOB, Leistungsprämie sowie Daten zur Person fand Kroder zufolge 2009 statt, die nächste ist für November 2015 geplant.

Mitarbeiterbefragung

Eine erneute Mitarbeiterbefragung helfe, Mitarbeiter die Gelegenheit zur Rückmeldung zu geben, ein Stimmungsbild über den Arbeitsalltag und die Zusammenarbeit im Landratsamt zu erhalten, eine breitere Basis für mögliche Verbesserungsansätze zu gewinnen, die gute Kommunikation miteinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu fördern, Schwachstellen im eigenen Haus zu erkennen und Stärken weiter auszubauen.

Die Projektgruppe „Betriebswirtschaft“, geleitet von Landrat Michael Fahmüller, Landkreis Rottal-Inn, beschäftigt sich mit dem Einsatz und der Weiterentwicklung der betriebswirtschaftlichen Elemente in den Landratsämtern sowie mit der Durchführung interkommunaler Vergleiche. Wie Fahmüller ausführte, würden Steuerungsansätze im Rahmen der DOPPIK-Reformen insgesamt nur zurückhaltend umgesetzt. Wenige Kommunen (unter 10 %) hätten eine strategische Steuerung „nach Lehrbuch“. Zudem bestünden glaubwürdige Formen strategischer Steuerung nur in Kommunen mit langer Modernisierungsgeschichte.

Laut Fahmüller scheint die wichtigste Voraussetzung eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rat zu sein. Jedoch sei der mit der Umstellung des Rechnungswesens verbundene erhebliche Aufwand nur gerechtfertigt, wenn die Steuerungsmöglichkeiten alsbald genutzt werden. Damit dies gelingt, müsse ein aussagefähiges und vor allem überschaubares System an Zielen, Kennzahlen und Leistungsmengen erstellt werden.

Die strategische Steuerung heiße Fokussierung. Wichtig sei, dass strategische Ziele bzw. Handlungsfelder Auswirkungen auf die tägliche Praxis haben, also auch für das operative Geschäft.

Die Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ unter dem Vorsitz von Landrat Georg Hu-

ber, Landkreis Mühldorf a. Inn, hat die Herausforderungen und Chancen von eGovernment für die Landratsämter zum Schwerpunkt. Dort ist auch die gemeindliche Ebene beim Thema „Digitale Signatur“ oder dem Einsatz von Geoinformationssystemen (GIS), die weitreichende Möglichkeiten zur Unterstützung kommunaler Planungen bieten, involviert.

Service- und Kundenorientierung

Eine weitere Verbesserung der Service- und Kundenorientierung in den Landratsämtern strebt schließlich die Projektgruppe „Service- und Kundenorientierung“ unter der Leitung von Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, an. Bearbeitet werden Angebote an elektronischen Verwaltungsleistungen, zudem stehen die Einarbeitung von Ergebnissen der Bürgerbefragung 2015 und die bürgerfreundliche Zugänglichkeit im Vordergrund. Eine Besonderheit stellen regelmäßige gemeinsame Sitzungen mit der Projektgruppe Organisation/eGovernment dar.

Nach Niedergesäß' Worten nahmen heuer die Landratsämter Coburg, Ebersberg, Erding, Haßberge, Mühldorf a. Inn, Nürnberger Land, Roth, Rottal-Inn und Traunstein an einer Bürger-/Kundenbefragung durch die GfK teil. Befragt wurde in den Bereichen Bauamt, Büro des Landrats, Führerscheinstelle, Gesundheitsamt, Jugendamt, Kfz-Zulassung, Kommunale Abfallwirtschaft und Naturschutz. Ab Ende September 2015 werden die Ergebnisse in den Landratsämtern mit Workshops präsentiert und daraus Handlungsempfehlungen für alle Landkreise abgeleitet.

Ideen- und Beschwerdemanagement

Auch wird der vorhandene Leitfaden zum „Ideen- und Beschwerdemanagement“ aus dem Jahr 2002 vollständig überarbeitet. Die Ergebnisse der Bürger-/Kundenbefragung 2015 sollen im Leitfaden berücksichtigt werden. Der Landkreis Ebersberg hat sich bereit erklärt, einen ersten Entwurf für einen Leitfaden zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen.

Zudem wird zum Thema „Kommunales Wissensmanagement“ in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement ein weiterer Leitfaden erarbeitet, so Niedergesäß. Befragt wurden hierzu die Landratsämter Ebersberg, Mühldorf a. Inn, Roth, Rottal-Inn, Coburg, Passau, Schweinfurt und Miltenberg. Die Fertigstellung eines Berichts mit Ergebnissen, Erfahrungsberichten und Handlungsempfehlungen ist für das Quartal 3/2015 vorgesehen. DK

„Eine Art Selbsthilfegruppe“

Bayerischer Städtetag: Karlstadts Bürgermeister sitzt den kreisangehörigen Städten in Unterfranken vor

Karlstadt. „Dieses Jahr im Sommer habe ich es wirklich einmal geschafft, 14 Tage am Stück Urlaub zu machen“, freut sich Karlstadts Bürgermeister Paul Kruck. „Und ich war sogar weg.“ Das ist für ihn nicht selbstverständlich. Denn der 60-Jährige ist beruflich stark eingespannt. In erster Linie als Kommunalpolitiker. Daneben engagiert sich Kruck im Bayerischen Städtetag. Seit Mai vergangenen Jahres fungiert er dort als Vorsitzender aller kreisangehörigen Städte in Unterfranken.

Was ist und was tut der Bayerische Städtetag? Wird Paul Kruck das gefragt, zitiert er gern seinen Kollegen Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags: „Wir sind eine Art Selbsthilfegruppe für Bürgermeister.“ Durch den Städtetag kommen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zusammen, um sich informell darüber auszutauschen, wie sie ganz konkrete, akute Probleme lösen: „Was zum

Beispiel macht ein Kollege, wenn plötzlich ein Bus mit Flüchtlingen auf dem Marktplatz steht?“

Auswirkungen vor Ort

Wie in einer Selbsthilfegruppe werden auch Erfahrungen gesammelt. Zum Beispiel darüber, wie sich Regelungen, die irgendwo weit weg am Grünen Tisch ausgetüftelt wurden, vor Ort auswirken. Ein Beispiel von vielen:

Bayerische Traditionsfeste wie Kirchweih. Viele Regelungen machen den Festbetreibern laut Kruck zu schaffen: „Das betrifft Auflagen zum Lärmschutz oder zeitliche Begrenzungen des Festbetriebs.“

Regelungswut und Regelungslosigkeit

So starr wird manches von oben geregelt, dass unten an der Basis keine Luft mehr zum Atmen bleibt. „Der Regelungswut auf der einen Seite steht völlige Regelungslosigkeit auf der anderen Seite gegenüber“, sagt Kruck. Städten und Gemeinden macht zum Beispiel zu schaffen, dass Kommunen inzwischen völlig freigestellt ist, ob sie einen Supermarkt ansiedeln oder nicht. Viele Bürgermeister wollen das eigentlich nicht: „Denn das schadet den Stadt- und Ortskernen.“ Andererseits bringen Supermärkte Kaufkraft und Gewerbesteuer.

Zwei Herzen schlagen also in des Bürgermeisters Brust. Und manch einer von Krucks Kollegen gibt dem Discounterchef sein „Ja“, um zu verhindern, dass der Supermarkt seine Zelte in der

Nachbargemeinde aufschlägt. Und dort Kaufkraft abzieht.

Flüchtlingsthema

Das Thema „Flüchtlinge“ ist natürlich aktuell auch in den Gremien virulent, wo Kruck für die Interessen der kreisangehörigen unterfränkischen Städte kämpft. Die Problematik des Flüchtlingszustroms hat dabei andere Themen in den Hintergrund treten lassen, die ebenfalls von Brisanz sind. Etwa das Thema „Barrierefreiheit“. Schließlich gibt es von der Staatsregierung einen Bayernplan zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, der bis 2023 realisiert werden soll.

Barrierefreiheit

„Bayern wird in acht Jahren nie im Leben barrierefrei sein“, ist Kruck überzeugt. Rein theoretisch könnte dieses Ziel zwar verwirklicht werden: „Aber nur, wenn es dafür einen eigenen Fördertopf gäbe.“ Doch den gibt es nicht. Womit den Kommunen die Hände gebunden sind.

Außenaufzug

Bestes Beispiel ist Krucks eigener Amtssitz: Das Rathaus in Karlstadt ist mitnichten barrierefrei. Es gibt zwar einen Miniaufzug: „Doch der kann keinem Rollstuhlfahrer zugemutet werden.“ Diesen Lift umzubauen, ist technisch nicht möglich. Es bräuchte einen Außenaufzug. Doch der verschlingt viel Geld. Letztlich würde die barrierefreie

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des Beck-Verlags, München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Kurz vor einer Fahrt zur EU-Kommission vertieft sich Bürgermeister Paul Kruck in Unterlagen, über die in Brüssel mit Kommunalvertretern gesprochen werden soll. Bild: Pat Christ

Umgestaltung des Rathauses ohnehin nur dann Sinn machen, wenn das Rathaus gleichzeitig energetisch saniert würde. Was ebenfalls kostet.

Enorme Brisanz

Wenn sich die Vertreter der kreisangehörigen Städte in Unterfranken im Oktober zur nächsten Tagung treffen, steht ein Thema im Mittelpunkt, das äußerst sperrig klingt: Die Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2016. Doch in dieser Thematik steckt viel Brisanz. Entscheiden die Zuweisungen doch darüber, wie viel Geld einer Stadt

oder Gemeinde im kommenden Jahr zur Verfügung steht.

Schlüssel für Finanzausgleichsmasse

Über den „Schlüssel“, der besagt, welche Gemeinde aufgrund welcher Kriterien wie viel Geld aus der Finanzausgleichsmasse bekommt, herrscht lange Streit. Ein wissenschaftliches Institut hat laut Bürgermeister Paul Kruck nun eine neue Berechnungsgrundlage definiert: „Über dessen Auswirkungen diskutieren wir beim nächsten Treffen der kreisangehörigen Städte.“ Pat Christ

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 8. Oktober 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umweltschutz · Abfall und Recycling
- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge
- Bestattungswesen · Friedhof · Grünanlagen

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgassen 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM Stadthalle Neusäß
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —
von Entwurf zu Umsetzung und mehr. The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne-Unimog GmbH**
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG**
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG**
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH**
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

NÜRNBERG 2015 KOMMUNALE
9. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF
14./15. Okt. 2015
Messe Nürnberg www.kommunale.de
Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Frühjahr 2016

4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!
Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 0912399 812 99
telefax: 0912399 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

23. Juni 2016
9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-energieforum.de

Beck-KOMMUNALPRAXIS

Bayern PLUS



4 Wochen kostenlos testen:
www.beck-online.de

Beck-KOMMUNALPRAXIS

Bayern PLUS – die Inhalte

INHALTE

A. Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines

Europa-, Staats- und Kommunalverfassungsrecht
 Verwaltungsverfahren und -prozess, Öffentlicher Dienst und Datenschutz
 Finanzen, Haushalt, Steuern
 Allgemeine Handreichungen für die kommunale Praxis

B. Wirtschaft, Vergabe und Verkehr

Vergabewesen
 Eigenbetriebsrecht, Kommunalunternehmen
 Konzessionsvertrag und -abgaben
 Energiewirtschaft
 Sparkassenrecht
 Straßen- und Wegerecht

C. Sicherheit und Ordnung

Öffentliche Sicherheit und Ordnung
 Ordnungswidrigkeiten
 Allgemeines Gewerberecht, Handwerksordnung, Gaststättenrecht, Spielgeräte
 Ladenschluss
 Einwohner-, Meldewesen, Ausweisrecht, Personenstandswesen
 Ausländer- und Asylrecht
 Unterbringungs- und Obdachlosenrecht
 Feuer-, Brand- und Katastrophenschutz/Rettungsdienst
 Jagd- und Fischereirecht
 Waffen- und Sprengstoffrecht

D. Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur

Sozialhilfe
 Sozialversicherung
 Kindertagesstättenrecht
 Gesundheitswesen
 Krankenhausrecht
 Versorgungsrecht
 Kinder- und Jugendhilfe
 Soziale Leistungsgesetze
 Arbeitssicherheit
 Veterinärwesen
 Schulwesen
 Kultur
 Denkmalschutz

E. Bauwesen, Umwelt und Natur

Bauplanungsrecht
 Bauordnung
 Baunutzungsverordnung
 Landesplanung, Flurbereinigung
 Vermessungsrecht
 Enteignungsrecht
 Wohnbauförderung
 Nachbarrecht, Kleingartenrecht, Erbbaurecht
 Landpachtverkehr
 Schwarzarbeit
 Umweltrecht
 Abfallrecht
 Wasser- und Abwasserrecht
 Naturschutz
 Waldgesetz



Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS

Mehr als 20.000 Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen, dazu das Beck-PLUS: Beck'sche Online-Kommentare, Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften.

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit mehr als 42.900 bundes- und landesspezifischen Seiten zu allen praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung.

Das Gesamtwerk wird herausgegeben von:

- Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages
- Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages
- Prof. Dr. Hubert Meyer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Niedersächsischen Landkreistages
- Prof. Dr. Utz Schliesky, Direktor d. Schleswig-Holsteinischen Landtages und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied d. Lorenz v. Stein Gesellschaft.
- Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz a.D.
- Prof. Dr. Wolf-Uwe Spöner, MinR im Sächsischen Staatsministerium des Innern
- Prof. Dr. Christian O. Steger, Hauptgeschäftsführer d. Gemeindetages Baden-Württemberg a.D.
- Hubert Stubenrauch, MinR im Ministerium d. Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
- Johannes Winkel, MinDirig im Innenministerium NRW
- Dr. Klaus Klang, Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
- Jörg Bülow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied d. Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages
- Dr. Jürgen Dieter, Direktor d. Hessischen Städtetages
- Werner Haßenkamp, Präs. d. Gemeindeprüfungsanstalt NRW
- Uwe Zimmermann, Stellv. Hauptgeschäftsführer d. Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Komentierungen und Darstellungen

Das Werk enthält praxisorientierte und ausführliche Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen, regelmäßig aktualisiert, zuverlässig und konkret, mit Mustern, Checklisten und Beispielen, gegliedert in die zentralen Bereiche:

- Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines
- Wirtschaft, Vergabe und Verkehr
- Sicherheit und Ordnung
- Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur
- Bauwesen, Umwelt und Natur

Etwa 900 renommierte Autoren kommentieren auf mehreren tausend Seiten orientiert am Landesrecht u. a.:

- Wahlrecht
- Kommunalverfassungsrecht
- Gemeindehaushaltsrecht (u. a. mit DOPPIK-Komentierung)
- VOB, VOL, VOF und GRW, VgV und GWB
- Kommunalabgabenrecht
- Nachbarrecht
- Sozialrecht
- Krankenhausrecht
- UVP, SUP, UIG
- Straßen- und Wegerecht

Hinzu kommen dutzende weitere Fachbeiträge und Darstellungen zu Ihren täglichen Aufgaben bei Ordnungswidrigkeiten, Beamtenrecht, Datenschutz und vielem mehr – bis hin zu praxisnahen Fragen rund um »Social Media«, Europäische Beihilfe und Kommunale Wirtschaftsförderung.



Die Online-Lösung für die Verwaltung

Beck'scher Online-Kommentar VwVfG, Bader/Ronellenfisch (Hrsg.)

Der Beck'sche Online-Kommentar VwVfG wird herausgegeben von ausgewiesenen Experten:

- Prof. Johann Bader, Vors. Richter am VG Stuttgart
- Prof. Dr. Michael Ronellenfisch, Eberhard Karls Universität Tübingen

Beck'sche Online-Kommentare TVöD/TV-L/TV-L Entgeltordnung/TVöD Entgeltordnungen

Die Beck'schen Online-Kommentare zum Tarifrecht zeichnen sich insbesondere durch die daran beteiligten Autoren aus, die im Wesentlichen aus dem Kreis der hauptamtlich für die Tarifvertragsparteien Tätigen stammen, die auch an den Verhandlungen unmittelbar oder mittelbar beteiligt waren – und immer noch sind. Die Beck'schen Online-Kommentare TV-L EntgO/TVöD EntgO bieten ein wichtiges Werkzeug für die Arbeit mit den Entgeltordnungen zum TV-L, zur Entgeltordnung TVöD Bund und, sobald diese verabschiedet ist, auch zur Entgeltordnung TVöD VKA.

Die Kommentare werden herausgegeben von

- Prof. Klaus Bepler, Vors. Richter am Bundesarbeitsgericht a. D., Honorarprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Dr. Thomas Böhle, Berufsmäßiger Stadtrat bei der Landeshauptstadt München, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA)
- Achim Meerkamp, Mitglied Bundesvorstand ver.di
- Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, Fachvorstand Tarifpolitik

Beck'sche Gesetze Digital Landes-, Bundes- und EU-Recht

- Rund 8.800 Gesetze und Verordnungen des Bundes aus den roten Textausgaben: Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Schönfelder, Deutsche Gesetze, Nipperdey, Arbeitsrecht, Aichberger, SGB und andere mehr!
- Landesrecht im Umfang der jeweiligen Beck'schen Loseblatt-Textsammlung – immer auf neuestem Stand
- Rund 1.950 internationale und EU-Vorschriften
- Wichtigste Normen (rechtsgebietsübergreifend)

Rechtsprechung zum Kommunalrecht

- Rechtsprechung aus Beck'schen Zeitschriften sowie exklusiv online weitere Rechtsprechung im Volltext (BeckRS/BeckEuRS), dazu Leitsätze aus LSK

Aufsätze zum Kommunalrecht

- Aufsätze aus Beck'schen Zeitschriften, dazu Aufsatznachweise aus LSK zu weiteren Zeitschriften

Zeitschriften mit Archiven

- NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: Aufsätze, Rechtsprechung und Materialien komplett seit 1982
- NVwZ-RR – NVwZ-Rechtsprechungs-Report: zusätzliche Entscheidungen auch unterer Instanzen mit kompetenten Erläuterungen, ab 1988
- KommJur – Kommunaljurist, ab Mitte 2005 (Nomos)

Fach-News Staats- und Verfassungsrecht und Öffentliches Recht

beck-aktuell Nachrichten

The screenshot shows the Beck-online website interface. Callout 1 points to the search bar with the text 'Suche:'. Callout 2 points to the left sidebar menu showing a tree structure of legal topics like 'PdK BayGO / - GO' and 'Gemeindeordnung für Freistaat Bayern'. Callout 3 points to a 'Siehe auch ...' (See also...) box containing links for 'Aktuelle Vorschrift', 'Aktuelle Zeitschriftendok...', and 'Formulare zum Thema'. Callout 4 points to the main article text, which discusses '2. Gemeindeeinwohner' and includes legal references like '§ 104 BGB'. Callout 5 points to a small box at the bottom of the article text containing '§ 104 BGB' and 'Bund | § 104 Geschäftsunfähigkeit | gültig ab 2015-06-01'.

So einfach arbeiten Sie mit beck-online!
Zum Beispiel mit der Praxis der Kommunalverwaltung.

Die Vorteile Ihrer Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS

Täglich nutzen.

- Kommunalverfassungsrecht, LKrO, BezO, VGemO, KommZG, VOB, VOL, VOF, GRW, VgV in einem einzigen Modul, intelligent miteinander verlinkt.
- Dazu umfangreiche Rechtsprechung im Volltext sowie alle wichtigen Gesetze.
- Übersichtlich aufbereitet, einfach zu bedienen.

Einfach suchen.

- Recherchieren nach Schlagwort, Paragraphen, Fundstellen, Aktenzeichen, ... **1**
- Treffer eingrenzen nach Rechtsgebieten, Publikationstypen, Normen, Gerichten, ...

Schnell finden.

- Einfach navigieren über Inhaltsverzeichnisse, Links, Verweise oder einfach per Blättern wie im Buch. **2 3**
- Direkte Verlinkungen zu zitierter Rechtsprechung, einschlägigen Vorschriften oder weiterführender Literatur. **4**
- Schnelle Information zu weiterführenden Dokumenten und zu Fußnotentexten durch Mouseover-Dialog. **5**
- Schnelles Auffinden der Landesausgaben über die Wappen.

Immer aktuell.

- Die neuesten Entscheidungen – tagesaktuell, im Volltext und direkt von den Gerichten.
- Fortlaufend aktualisierte Normen.
- Ältere Textfassungen bleiben im Archiv verfügbar.
- Neuauflagen wie im Print.
- Immer auf dem Laufenden – mind. 12 Aktualisierungen im Jahr werden eingearbeitet.

Schwarz auf weiß zitieren.

- Zitierfähig wie ein gedrucktes Werk – das gilt für sämtliche Inhalte in beck-online.
- Inhalte übernehmen – per copy and paste in die individuelle Textverarbeitung.

Jetzt anfordern und **4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen** Bestell-Fax-Coupon: **089/38189-297**

Telefon 089/38189-747 | E-Mail beck-online@beck.de | Internet www.beck-online.de | oder bei Ihrem Buchhändler

X Ja, ich möchte **Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS** testen! Bitte senden Sie mir mein(e) Passwort(e) zum 4-Wochen-Test!

Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS

Das gesamte Landes-, Bundes- und Kommunalrecht in einer einzigen Datenbank, direkt an Ihrem Arbeitsplatz!

Hiermit bestelle ich folgendes Modul

| Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern PLUS | | Monatspreis* |
|---|--|-------------------------|
| ▶ www.beck-shop.de/brpc | | |
| <input type="checkbox"/> zum Normalpreis für 3 Nutzer (Plätze 1 bis 3) | | zusammen € 79,- |
| <input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9 | | je € 13,17 |
| <input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern | | ohne Berechnung |
| <input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3 | | je € 13,17 |
| <input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9 | | |
| <input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG oder Beck-KOMMUNALPRAXIS PLUS eines anderen Bundeslandes | | zusammen € 39,50 |
| <input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3 | | je € 6,58 |
| <input type="checkbox"/> Plätze 4 bis 9 | | |
| <input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages | | € 30,- |
| <input type="checkbox"/> Platz 1 | | je € 15,- |
| <input type="checkbox"/> Plätze 2 bis 3 | | je € 7,50 |
| <input type="checkbox"/> ab Platz 4 | | |
| <input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Gemeinden bis 2.000 Einwohner (Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages) | | € 18,- |
| <input type="checkbox"/> Platz 1 | | je € 15,- |
| <input type="checkbox"/> Plätze 2 bis 3 | | je € 7,50 |
| <input type="checkbox"/> ab Platz 4 | | |
| <input type="checkbox"/> zum Vorzugspreis für Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages und Bezieher der Loseblattausgabe PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG Bayern | | ohne Berechnung |
| <input type="checkbox"/> Plätze 1 bis 3 | | je € 7,50 |
| <input type="checkbox"/> ab Platz 4 | | |

* **Unsere Vertrauensgarantie:** Sie erhalten von uns per E-Mail Ihr(e) Passwort(e) sowie unser Vertragsangebot für die weitere Nutzung und können dann sofort in dem von Ihnen gewünschten Modul **uneingeschränkt und unberechnet 4 Wochen lang arbeiten**. Die Preise gelten pro Monat und sind Nettopreise zzgl. 19% MwSt; Mindestlaufzeit 6 Monate.

Bitte senden Sie mein(e) Passwort(e) und Ihr Angebot an folgende Adresse

| | | | |
|--------------------------------|---------------------------------|-------------------------|--------|
| Vorname/Name (Ansprechpartner) | Firma/Kanzlei/Behörde | 1. Nutzer: Vorname/Name | E-Mail |
| Straße/Hausnummer/Postfach | PLZ/Ort | 2. Nutzer: Vorname/Name | E-Mail |
| Telefon | E-Mail (unbedingt erforderlich) | 3. Nutzer: Vorname/Name | E-Mail |



Verlag C.H. BECK · Wilhelmstraße 9 · D-80801 München
Amtsgericht München, HRA 48045 · www.beck-online.de
Tel.: 089/38 189-747 · Fax: 089/38 189-297

[facebook.com/beckonline](https://www.facebook.com/beckonline) | twitter.com/beckonline